

Bezugpreis:
Streckpreis 4,50 RM. monatlich 1,50 RM.
frei ins Haus, voraussetzbar. Einzelne
Nummern 10 Pfennig. Postbezug:
Monatlich vom Postamt abholen
1,50 RM., vom Briefträger ins Haus ge-
bracht 1,61 RM. Unter Kreuzband für
Deutschland und Österreich-Ungarn
3.— RM. für das übrige Ausland
4,50 RM. monatlich. Versand ins Feld
bei direkter Bestellung monatlich 1,50 RM.
Postbestellungen nehmen an Däne-
mark, Holland, Dänemark, Schweden
und die Schweiz. Eingetragen in die
Post-Zeitungs-Verzeichnisse.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.

Freitag, den 2. August 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Vertriebspreis: Amt Mariusplatz, Nr. 151 90-151 97.

Vertriebspreis: Amt Mariusplatz, Nr. 151 90-151 97.

Heftige Kämpfe bei Fère en Tardenois.

Der Sieg Longuets.

Endgültige Entscheidung durch den Nationalkongress.

Der Sieg der von Longuet geführten Linken im National-
kongress der französischen Sozialisten ist zweifellos ein Ereignis von
weitreichender Bedeutung. Der Sieger selbst schreibt in seinem
„Populaire“, es sei kein Zweifel mehr möglich, daß der ihm so
günstige Beschluß des Nationalrats die Absichten der großen
Arbeiter- und Bauernmassen des Landes zum Aus-
druck bringe. Der kommende Nationalkongress (den Renaudel
in der „Humanité“ anruft) könne den heißen Wunsch der
Massen auf den Völkerrfrieden und die Wiederher-
stellung der Internationalen nur mit neuer Kraft be-
stätigen.

Mittlerweile hat der Nationalrat auch wirklich beschlossen,
den Nationalkongress der Partei als letzte
Instanz binnen zwei Monaten einzuberufen,
um die Politik der Partei endgültig festzusetzen.

Es läßt sich voraussehen, daß die Vorbereitung dieses
Parteitags von heftigen Kämpfen begleitet sein wird, die die nur
äußerlich und mühsam festgehaltene Einheit der französischen
Partei aufs schwerste gefährden dürften.

Der Streit, der in Frankreich ausgefochten wird, dreht sich
nicht um die Kreditbewilligung. Was die Minderheit fordert,
das ist eine geradlinig auf den Verständigungsfrieden gerichtete,
aber die Landesverteidigung in keiner Weise in Zweifel ziehende
Politik. Darum werden imperialistische Kriegsziele verworfen,
wird die Intervention der Entente in Rußland mißbilligt, wird
auf der Erteilung von Auslandsbüßen zu einer internatio-
nalen Konferenz bestanden. Das alles sind aber
Dinge, die auf einem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie
gar keinen Streit hervorrufen würden. In Frankreich streitet
man sich über Dinge, über die wir hier ganz einig sind, ist sich
aber im wesentlichen einig über Dinge, über die wir hier streiten.

Darum ist es keine Einmischung in fremde Angelegenheiten,
wenn wir unserer Hoffnung Ausdruck geben, daß der National-
kongress den Beschluß des Nationalrats bestätigen möge. Auch
wir sind Gegner aller Eroberungen hüben und drüben, auch wir
wollen den Verständigungsfrieden, den wir am liebsten durch
eine internationale Sozialistenkonferenz vor-
bereiten möchten. Wir hegen die Zuversicht, daß auf einer solchen
Konferenz alle, die guten Willens sind, zu der Erkenntnis ge-
bracht würden, daß die deutsche Sozialdemokratie gar nicht daran
denkt, ihre alten internationalen Grundsätze zu verleugnen. Sie
wird sich nie dazu mißbrauchen lassen, imperialistischen Macht-
zielen der Ententebourgeoisie Vorschub zu leisten, sie ist jeden
Tag bereit, sich mit den Arbeitervertretern aller Länder zu einer
gemeinsamen Aktion zu vereinigen, die die Herstellung eines
dauernden, die Lebensrechte aller Völker achtenden Weltfriedens
zum Ziele hat.

Jean Longuet, der Sohn von Charles Longuet und Jenny
Marx, ist ein echter Internationaler, man begreift den Schmerz
der französischen Nationalistenpresse, diesen Enkel von Karl
Marx an der Spitze der sozialistischen Partei zu sehen. Aber
„France Libre“, das Organ der national überhöhten Parette-
Thomas-Gruppe, ist entschieden im Irrtum, wenn sie schreibt,
die Politik der nationalen Verteidigung habe eine schwere
Schlappe erlitten. Die Politik der nationalen Verteidigung ist
von der internationalen Linken nie verleugnet worden. Diese
denkt ebenso wenig daran, bedenkliche Experimente mit der
Landesverteidigung zu machen, wie die deutsche Sozialdemo-
kratie.

Der Beschluß des französischen Nationalrats ist um so
höher zu bewerten, da er zu einer Zeit gefaßt wurde, in der
ein großer Teil der öffentlichen Meinung Frankreichs den
nahen Verschmelzungssieg über Deutschland prophezeien zu
dürfen glaubte. So darf er auf keinen Fall als ein Auf-
lösungssymptom aufgefaßt werden innerhalb einer Nation,
die nur deshalb den Frieden will, weil sie sich des Erlahmens
ihrer Kraft bewußt ist. Siegte die Linke nicht nur in der
Partei, sondern in ganz Frankreich und in der ganzen
Entente mit ihren Anschauungen, dann wäre die Zeit zu
einem ehrlichen Verständigungsfrieden da,
keineswegs aber die Zeit, um die imperialistischen Früchte
eines „deutschen Machtfriedens“ zu pflücken. Es wird gut
sein, wenn man sich in Deutschland dessen klar bewußt ist.

Die Beute nach vier Kriegsjahren.

Berlin, 1. August. Die Zahl der in den Lagern der Mittel-
mächte befindlichen Gefangenen beträgt am Ende des vierten
Kriegsjahres über 3 800 000 Mann, davon sind allein in Deutsch-
land rund 2 800 000 Mann. Das letzte Kriegsjahr hat die
Gefangenenzahl um fast 840 000 Mann vermehrt.

Das eroberte Kriegsmaterial des vergangenen Jahres hat die
bisherige Beute auf folgende ungeheure Zahlen erhöht: An Stelle
der bis zum 2. August 1917 erbeuteten 12 158 Geschütze sind es
nunmehr fast 23 000, anstatt der 8353 Maschinengewehre fast

Feindliche Angriffe östlich Fère en Tardenois und bei Verthes zurückgeschlagen —
Österreichisches Vordringen bei Berat —
Englischer Angriffsschlag gegen Saarbrücken
gefeitert.

Berlin, 1. August 1918, abends. Amtlich.

Nordwestlich Fère en Tardenois heftige
Kämpfe. An der übrigen Kampffront nichts
Wesentliches.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 1. August
1918. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Zwischen Ypern und Dailleul am frühen Morgen vor-
übergehend lebhafter Feuerkampf. Die tagsüber mächtige Artillerie-
stätigkeit lebte am Abend an vielen Stellen der Front in Ver-
bindung mit Erkundungsgeschäften auf.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Ostlich von Fère en Tardenois setzte der Franzose
am Nachmittag wiederholt zu heftigen Teilangriffen an. Wir
warfen den Feind im Gegenstoß in seine Ausgangslinien zurück.
An der übrigen Kampffront Artilleriefener wechselnder Stärke;
keine Vorfeldgeschäfte.

Nordöstlich von Verthes versuchte der Feind nach starker
Feuervorbereitung den ihm am 30. Juli entrissenen Stützpunkt
wiederzugewinnen. Er wurde unter Verlusten abgewiesen. Erfol-
greicher eigener Vorstoß südlich vom Fichtelberge und in den
Argonnen.

Seeresgruppe Herzog Albrecht.

Infanteriegefechte an der Mosel und am Parroy-Walde.
Wir machten hierbei Gefangene.

Der Gegner verlor gestern an der Front im Luftkampf und
durch Abschuß von der Erde aus 25 Flugzeuge. Weiterhin
wurde ein im Angriffsschlag gegen Saarbrücken
besudliches englisches Geschwader von sechs Großkampfs-
flugzeugen von unseren Front- und Heimat-Jagdabteilungen,
bevor es seine Bomben abwerfen konnte, vernichtet. Aus
einem zweiten ihm folgenden Geschwader schossen wir ein weiteres
englisches Großkampfschiff ab.

Der Erste Generalquartiermeister,
Ludendorff

Der österreichische Bericht.

Wien, 1. August. Amtlich wird verlautbart:

Italienischer Kriegsschauplatz.

Gefechtskampf und Erkundungstätigkeit waren gestern an
ganzer Südwestfront sehr reg.

Vorgestern hat ein hartes italienisches Bomben-
geschwader unsere venetianischen Flugfelder
angegriffen. Unsere Flieger warfen sich dem Feinde entgegen
und verhinderten ihn, irgendwelchen Schaden anzurichten.

Albanien.

Die von unseren albanischen Kräften vor Wochenfrist auf-
genommenen Angriffe zwingen nach vergesslichen Gegenangriffen
den Italiener nordwestlich und nordöstlich von Berat seine
ersten Linien und beträchtliches Gelände dahinter auf 30 Kilo-
meter Frontbreite preiszugeben. Unsere draven Truppen, deren
Kampfleistungen um so höher zu bewerten sind, als ihnen Hitze
und klimatische Verhältnisse große Mühsale auferlegten, folgen
dem weichenden Gegner.

Der Chef des Generalstabes.

38 000, das heißt das Dreieinhalbfache, während sich die Zahl der
Fahrzeuge von 10 640 mit einer Erhöhung um 65 000 verstein-
sacht hat. An Panzerwagen sind, ungerichtet die vernichteten,
365 in deutsche Hände gefallen, davon allein im letzten Jahre 300.
Dazu kommen seit dem 1. August 1917 rund 1 Million Ge-
wehre, über 6 Millionen Schuß Artillerie und 200
Millionen Schuß Infanteriemunition, rund 3000 Lok-
omotiven und 28 000 Eisenbahnwagen.

Zahlenmäßig gar nicht festzulegen sind die durch die deut-
schen Offensiven im Westen und Osten seit einem Jahre den
Feinden zugefügten ungeheuren Verluste an
eingebautem Material aller Art, Eisen, Beton, Draht,
an Baracken, Feldlagern und Lazaretten, Pionierparks, Ver-
sorgungs- und Ausrüstungsmagazinen, Feldbahngerät und Brenn-
stoffen. Aus all diesem ergibt sich, wie weit die deutsche Seeres-
leitung ihr

Ziel, die Schwächung der Kampfkraft des Verbandes,
erreicht hat. Zugleich ist das Volkvermögen des Ver-
bandes um viele Milliarden Werte verringert.

Der erste Schritt.

Die Verrückung der Kriegsbeschädigten.

Endlich ist ein kleiner Schritt auf dem Wege der Verrückung
der Kriegsbeschädigten zu verzeichnen. Wie wir in
diesem Lagen schon mitteilten, ist durch eine Verordnung des
Kriegsministeriums die Gewährung von widerruflichen
Militärrentenzuschlägen angeordnet worden. Die Verordnung
hebt hervor, daß mit Rücksicht auf die außerordentlichen Zeue-
rungsverhältnisse zu den nach dem Mannschaffsversorgungsgesetz
vorgesehenen Renten mit Wirkung vom 1. Juli 1918 an
widerrufliche in Monatsbeträgen zahlbare Zuschläge von
Amts wegen ohne Prüfung der Bedürfnisfrage zu gewähren
sind. Wir begreifen es natürlich, daß nunmehr derer gedacht
wird, die dem Vaterlande alles gegeben haben, was sie nur
irgend geben konnten, Arm und Bein, Gesundheit und Er-
werbsfähigkeit, die in ihrer Kraft gedrohen beimkehrten. An
die Läre vieler dieser Kriegsbeschädigten
hat die Not geklopft, so laut und vernehmlich, daß
schließlich nun auch den Staatsbehörden die Notwendig-
keit eines Eingreifens zugunsten dieser Kriegsbeschädigten
offenbar geworden ist.

Schon seit langer Zeit hat namentlich die sozialdemo-
kratische Partei und ihre Presse auf die Not der Kriegs-
beschädigten und Kriegshinterbliebenen hingewiesen. Den
Arbeitern ist es zum größten Teile möglich gewesen, eine Er-
höhung ihrer Löhne zu erzielen. Die Angestellten haben das
gleiche erreicht. Den Beamten des Reiches, der einzelnen
Staaten und der Kommunen sind Zeuerungszulagen, den In-
validen und schwer Unfallverletzten sind Zulagen zu der Rente
gewährt worden. So gering diese letzteren sind, sie haben sie
doch in etwas wenigstens besser gestellt. Nur der auf
Grund der Kriegsversorgung Berechtigten
hatte man bisher noch nicht gedacht.

Im vergangenen Jahre hat der Reichsbund der Kriegs-
beschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer durch eine
Massenpetition eine baldige Erhöhung der Renten gefordert.
Er hat sich das Verdienst erworben, die Meinung der Kriegs-
beschädigten selbst einmal laut und vernehmlich werden zu
lassen. Damals ist, so unglücklich es klingt, der Vorsitzende
des Essener Verbandes der Kriegsbeschädigten dieser Aktion
in den Rücken gefallen. Er erklärte die baldige Erhöhung der
Kriegsbeschädigtenrenten für unmöglich, und er vertieg
sich auf der Behauptung, daß die erhobene Forde-
rung auf sofortige erhebliche Heraushebung
der Renten an sich genau so erbärmlich und
verdamnungswürdig sei, wie die Streik-
bewegung im Lande. Dann hat der Essener Verband
in einer Petition an die Tageszeitungen vor der Unterzeichnung
der Petition des Reichsbundes durch die Kriegsbeschädigten
gewarnt. Nun muß selbst die Seeresverwaltung nach
Verständigung mit der Reichsfinanzverwaltung die Notwendig-
keit einer Erhöhung der Renten anerkennen und sie vor-
nehmen.

Es hat schwere Arbeit gekostet, sie dazu zu zwingen.
Zimmer und immer wieder ist im Reichstag auf die ungenü-
gende Versorgung der Kriegsteilnehmer und ihrer Hinter-
bliebenen hingewiesen. Am 1. Dezember 1917 hat das Kriegs-
ministerium auf eine Anfrage des Genossen Ebert bezüglich
des Ständes der Novellen zu den Versorgungsangelegenheiten
die Erklärung abgegeben, daß diese Novellen fertiggestellt seien
und daß schon Beratungen mit den zuständigen Behörden —
Reichsfinanzamt, Reichswirtschaftsamt und dem Reichsanwalt
des Innern — begonnen hätten. Aber noch diese Be-
ratungen nicht beendet und mit Rücksicht darauf er-
klärte der General v. Langemann am 22. Juni 1918 im
Reichstag, daß freiwillige Zulagen den Kriegsbeschädigten
Rentenempfängern und ihren Hinterbliebenen gewährt
werden sollten. Allerdings sei er noch nicht in der Lage, über
die Höhe und den Umfang dieser Zulagen nähere Auskunft
zu geben. Im Anfang dieses Jahres hatte auch der Reichs-
ausschuß der Kriegsbeschädigten für die
Gewährung sofortiger
Zeuerungszulagen zu allen Militärrenten über 50 Proz. in
Anregung gebracht. Um stärkeren Druck hinter die Angelegen-
heit zu bringen, hat dann auch der Militärausschuß
des Reichstags am 5. Juli d. Z. einstimmig eine
sozialdemokratische Resolution angenommen, in der gefordert
wurde,

- 1. dem Reichstag noch im Laufe dieses Jahres einen Beschl-
entwurf vorzulegen, durch den eine allgemeine Revision des
Mannschaffsversorgungs- und Hinterbliebenengesetzes, durch
die insbesondere die Bezüge der Kriegsbeschädigten und der
Kriegshinterbliebenen, soweit der Rechtsweg in Frage
komme, herbeigeführt wird,
2. daß bis zur gesetzlichen Neuregelung zu den bisherigen Be-
zügen für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebenen Zuschläge
von 100 Proz. der Rente festgesetzt werden.

Am gleichen Tage hatten wir auch im „Vorwärts“ darauf
hingewiesen, daß die Gewährung von Zuschlägen

absolut notwendig sei, daß es nun endlich einmal zu handeln, sofort zu handeln heiße. Jetzt liegt die Verordnung des Kriegsministeriums vor. Genügt sie den berechtigten Ansprüchen? Wir müssen sagen, daß wir über sie sehr enttäuscht sind. Die Zuschläge sollen gemährt werden:

1. allen Versorgungsberechtigten, deren Ansprüche aus einer noch dem 1. August 1914 statigefundenen Dienstleistung entstanden sind;
2. den auf Grund einer vor dem 2. August 1914 statigefundenen Dienstleistung versorgungsberechtigten gemordeten Personen, soweit sie an einem Krieg oder Schiffbruch teilgenommen oder auf die Kriegszulage oder die Tropenzulage oder die Ruhedienstzulage oder die Rentenerhöhung nach § 57 des Mannschaftenversorgungsgesetzes 1906 Anspruch haben.

Die Rentenzuschläge kommen nur für solche Personen in Betracht, bei denen mindestens eine Erwerbsunfähigkeit von 50 Proz. vorliegt, und zwar werden gewährt:

bei 50 Proz. bis auschl. 60 Proz. Erwerbsunfähigkeit	= 120 M. jährl.	
60	70	= 180
70	80	= 240
80	90	= 300
90	100	= 360
100 Erwerbsunfähigkeit		= 480

Die Empfänger bedingter Renten sind mit dem halben Betrage der Zuschläge abzufinden. Soweit sich unter den in Riffer 2 genannten Personen solche befinden, die nach anderen Befehlen als dem Mannschaftenversorgungsgesetz 1906 abgefunden sind, gelten die gänzlich Erwerbsunfähigen als 100 Proz. und die größtenteils Erwerbsunfähigen als 66 2/3 Prozent erwerbsunfähig; die teilweise Erwerbsunfähigen finden keine Berücksichtigung.

Der wesentlichste Mangel dieser Verordnung ist, daß man der alten Friedenspensionäre nicht gedacht hat. All denen, die nach dem 1. August 1914 versorgungsberechtigt geworden sind, sollen die Zuschläge gewährt werden. Auch denen, die an einem früheren Kriege oder Schiffbruch teilgenommen haben, nicht aber jenen Friedenspensionären, die durch eine Dienstbeschädigung vor dem 1. August 1914 eine Einbuße ihrer Erwerbsfähigkeit erlitten haben. Die Not bei diesen ist natürlich genau im gleichen Maße vorhanden, wie bei allen anderen Rentempfangern auch. Sie auszuschalten, wird bittere Gefühle bei ihnen auslösen, und man wird eine innere Begründung dieser Ausschließung der Friedenspensionäre in keiner Weise erbringen können. Wir fordern daher, daß umgehend diese Verordnung auch auf die Friedenspensionäre ausgedehnt wird.

Weiter aber auch erweist die Ausschließung der Rentempfinger von weniger denn 50 Proz. ganz unbegründet. Zwar hat man den Unfallrentnern erst dann den Anspruch auf die Zulage gewährt, wenn sie zum mindesten 1/3 ihrer Erwerbsfähigkeit eingebüßt haben. Und man geht bei den Kriegrentnern bis auf 50 Proz. herab. Aber diese Scheidung entbehrt jeder Berechtigung. Erkennt man im Prinzip an, daß die gewährten Renten nicht genügen, um einen Ausgleich für die verlorengegangene Erwerbsfähigkeit herbeizuführen, dann muß die Anerkennung dieses Grundsatzes bei jeder Erwerbsbeschränkung Platz greifen, d. h. also, auch den Empfängern geringerer Renten muß eine Erhöhung der Bezüge zuteil werden.

Weiter aber auch entbehren die vorgesehenen Zuschläge dem Willen des Reichstagsausschusses insofern nicht, als sie bei weitem nicht den geforderten Betrag von 100 Proz. der Rente erreichen. In der 1. Klasse der Rentempfinger, jener mit einer Erwerbsbeschränkung von 50—60 Proz., tritt eine Erhöhung der Bezüge — Kriegszulage und Verstümmungszulage bei allen außer acht gelassen —, nur um 44,44 Prozent ein, in der 2. Klasse eine solche von 55,55 Proz., in der 3. Klasse eine solche von 63,49 Prozent, in der Klasse derer von 80—90 Proz. eine Erhöhung um 69,44 Proz., in der Klasse der von 90—100 Proz. Erwerbsbeschränkten um 74,7 Prozent und bei den voll Erwerbsbeschränkten um 80 Proz. Warum eine derartige Staffelung, die einen unbegründeten Unterschied innerhalb der einzelnen je nach der Schwere der Erwerbsbeschränkung macht.

Hinzu kommt nun aber weiter, daß man in der Verordnung in keiner Weise der Kriegshinterbliebenen gedacht hat. Wir haben heute den bedauerlichen Zustand zu verzeichnen, daß die Witwe eines gefallenen Kriegers in der Regel schlechter gestellt wird als die Kriegerfrauen. Solange der Mann noch lebt und die Frau Reichs- und Gemeindeunterstützung bezogen, kam die Frau wenigstens in den größeren Gemeinden, die erhebliche Zuschüsse zu den Reichsunterstützungen gewähren, mit ihren Kindern höhere Bezüge, als nun, nachdem der Mann gefallen ist, wird ihr durch die heutige Rentengewährung und neues wirtschaftliches Leid zugefügt. Das von den Familien fernzuhalten, wäre leicht gewesen, wenn die Verordnung auch dieser Kriegserwitwen und Waisen gedacht hätte. Auch in dieser Hinsicht bedarf die Verordnung dringend der Ergänzung.

Wenn man so die Verordnung eingehend prüft, kommt man zu dem Ergebnis, daß der hier zu einer Besserstellung der Militärverworferten unternommene Schritt doch nur ein sehr zögernder und kleiner ist. Kann man sich denn wirklich nicht zu einer großzügigen Gestaltung der Versorgung aufraffen? Mit Worten des Dankes und der Anerkennung ist den Kriegsberechtigten und denen, die den Ernährer verloren haben, nicht gedient. Den Worten muß auch die Tat zur Seite stehen.

Sondierung der Friedensmöglichkeiten.

Ein neuer Brief Lord Lansdownes.

Im englischen Unterhaus stellte Lee Smith die Frage, ob vom Feinde in der letzten Zeit eine Anregung oder Vorschläge in Friedensverhandlungen einzutreten, eingegangen seien. Balfour antwortete: nein, keine feindliche Regierung ist an uns herangetreten.

Wie keiner der am Krieg Schuldige sein will, so geht jeder zur Zeit dem Vorschläge zum Frieden aus dem Wege. Balfour hütet sich, seiner Antwort hinzuzufügen, daß auch seine Ententemacht mit einer Anregung, die auf den Friedensweg führen muß, hervortritt. Deutschland und seine Bundesgenossen haben wenigstens einmal den Versuch dazu gemacht, der aber an dem schroffen Widerstand der Entente gescheitert.

Die um Valfour werden aber nicht Ruhe haben vor der Friedensfrage. Neuter meldet eben jetzt: Lord Lansdowne verfaßt einen neuen Brief, worin er nach einer Ueberblick über die Darstellungen der Kriegsteile der Alliierten durch Lloyd George, Wilson, Smuts und andere Staatsmänner erklärt, in der letzten dieser Darstellungen, die am 4. Juli von Wilson gegeben wurde, sei nicht eine Umschreibung der Friedensbedingungen, sondern eine sehr edle Schilderung der Dinge zu erblicken, für die die alliierten Völker der Welt kämpfen. Lord Lansdowne fordert dann eine klare Darstellung nicht aller Einzelbestimmungen im endgültigen Friedensvertrag, aber der Bestimmungen, auf Grund deren die Entente zu diplomatischen Unterhandlungen bereit sei.

Lord Lansdowne gibt damit zu erkennen, daß der letzte Schritt Wilsons für die Vordrücksbewegung der Friedenssache praktisch nichts bedeutet. Wie sich das ja auch augenscheinlich gezeigt hat. Wilsons Grundsätze haben Zustimmung gefunden und dann stand der Wagen wie auf totem Osele. Ueber diese Stocung will Lord Lansdowne ihm jetzt hinweghelfen. Bei dem Aufsehen, das seine seit Ausgange des letzten Jahres veröffentlichten Briefe in der politischen Welt Englands verursacht, wird man dem Gdö, das dem neuen Briefe zumal in England folgen wird, volle Aufmerksamkeit schenken müssen. Lansdowne schreibt:

„Das fünfte Jahr des Kampfes für die Freiheit fängt jetzt an und wir werden in der nächsten Woche unser feierliches Gelübde, den Kraftaufwand nicht erschöpfen zu lassen, bis ein ehrenvoller Frieden erreicht ist, aufs neue bekräftigen. Inzwischen wird die Bürde, die der Krieg uns auferlegt, jeden Monat schwerer. Aber lieber, als daß wir einen unehrenhaften Frieden anerkennen, werden wir alle bereit sein, bis zum sicheren Ende weiter zu kämpfen. In unserem Lande gibt es keinen Mann und keine Frau, die sich die Tragik dieses Kampfes nicht vergegenwärtigen, und es gibt wahrscheinlich auch keinen Minister, der nicht anerkennt, daß es freudlos wäre, den Krieg noch um einen Tag zu verlängern, wenn ein ehrenvoller Friede erzwingbar ist. Soweit ich beurteilen kann, besteht in den feindlichen Ländern ein großes Verlangen nach dem Frieden, und ich bin davon überzeugt, daß man ernstlich nach einer neuen Auseinandersetzung der Bedingungen verlangt, zu denen wir bereit wären, nicht den Frieden zu schließen, sondern

Beisprechungen anzubahnen.

die auch zum Frieden führen können. Es gibt aber auf beiden Seiten offenbar gewisse wesentliche Punkte, die den Verhandlungsbeginn hinausziehen.“

Lansdowne setzt nun die Schwierigkeiten auseinander, diese Punkte zu beseitigen, und fährt dann fort:

„Wir müssen bedenken, daß wir nicht nur mit unseren Bundesgenossen, sondern auch mit unseren Dominions zu rechnen haben und daß sehr große Fragen, die aus dem politischen Grenz- und Massengebiet entstehen, zu lösen sind. Während unsere erklärten Erklärungen über unsere Kriegsmächte noch schweben, haben wir das Recht zu fragen, wie es damit steht. Für lange Zeit ist die Note der Alliierten vom 10. Januar 1917 das Dokument gewesen, auf das wir uns stützten, aber seit Russlands Abfall ist diese Note veraltet.“

Die erwähnte Note lehnte das Friedensangebot der Mittelmächte ab. Lansdowne erinnert an Balfours Erklärung vom 20. Juni, daß die bestehenden Geheimverträge keinerlei Hindernis für den Frieden bilden, und daß die Tatsache, daß die Alliierten vor drei Jahren einen anderen Standpunkt vertraten, jetzt nicht im Wege stehen werde, auf redliche Friedensvorschläge einzugehen. Dann sagt der Brief:

„Die bewundernswürdige Rede des Präsidenten Wilson vom 7. Januar über die Kriegsziele der Alliierten wird als autoritativ erklärt, aber das Volk möchte gern wissen, ob diese Beisprechungen erfüllt werden können, bevor die Mittelmächte bekanntgegeben haben, daß sie bereit sind, sämtliche dem Lloyd George aufgestellten Bedingungen anzunehmen. Es ist bemerkenswert, daß der Premierminister vor einigen Tagen in einer Rede zu den kanadischen Journalisten sagte: „Wir müssen alle dieses Problem aufs neue im Lichte der Ereignisse ansehen, die seitdem vorgefallen sind.“ Von großem Interesse ist auch Wilsons Rede vom 4. Juli. Ihre Wichtigkeit wurde noch größer durch die Tatsache, daß Lloyd George sie sofort vor ganzem Herzen zustimmte und sagte: „Die Mittelmächte können morgen den Frieden haben, wenn sie die Bedingungen, die der Präsident stellte, annehmen.“ Wilsons Rede aber war keine Darlegung von Friedensbedingungen, sondern eine in erhabenen Worten abgefaßte Darstellung dessen, wofür die alliierten Völker kämpfen. Sowohl unsere Freunde wie auch unsere Gegner werden billigerweise von uns

nicht verlangen, daß wir öffentlich die Bedingungen bekanntgeben, unter denen wir bereit sind, der Diplomatie Gelegenheit zu geben, ihre Kräfte zu entfalten. Die Rede, die General Smuts am 17. Mai in Glasgow hielt, behandelte die Theorie der Knackpunkt-Politik. Er hat dieser Politik damit ein Ende gemacht und den Weg gewiesen, der darauf hinausgeht, keine bewaffnete Uebermacht zustande zu bringen, sondern eine dauerhafte Sicherheit, die die Pläne Wilsons zur Verwirklichung bringen kann, zu garantieren. Der Präsident für das Kommen unseres Sieges wird die Bereitwilligkeit des Gegners sein, die Lehne der extremen Militaristen vollständig zu beseitigen und die Bedingungen Wilsons anzunehmen. ... Ich bin nicht in der Lage, positiv zu erklären, daß wir jetzt die Waise erreicht haben, nach der die Ansicht besteht, eine vorläufige Ueber einstimmung bezüglich der wichtigsten Punkte zu erzielen. Aber es bestehen reichliche Anzeichen dafür, daß sich eine entsprechende Gelegenheit in nächster Zukunft zeigen wird. Wir müssen darauf vorbereitet sein, diese Erscheinungen mit vernünftiger Ueberlegung zu prüfen und ihnen in redlicher Gesinnung entgegenzutreten, um den Gegnern Gelegenheit zu geben, zu zeigen, ob das Anerbieten ehrlich gemeint ist. Wir müssen genau im Auge behalten, daß die vorläufigen Bedingungen, bevor die Beisprechungen beginnen, von den wirklichen Kriegsziele getrennt werden müssen.“

Dieser Brief, soweit der Wortlaut zurzeit in der deutschen Öffentlichkeit bekannt geworden ist. Der Vorschlag Lord Lansdownes knüpft also an die durch das Friedensangebot der Mittelmächte vom 12. Dezember 1916 in Fluch gebrachte Aktion an. Er geht keineswegs darüber hinaus, hält sich vielmehr an einen Meinungsaustrausch der Diplomaten und plädiert durchaus nicht für ein Zusammentreten zu einer Konferenz. Aber immerhin: er will ein Frühlingnehmen der Kriegführenden miteinander abmahnen, und das wäre ein Anfang und könnte zur Vorbereitung dessen, was weiter und zum Ende führt, verhelfen.

Freilich ist an Lansdownes Brief die ungemaine, siebenfach behandelte Voricht bemerkenswert, mit der der Vorschlag an den Mann gebracht wird. Als ob sich um eine ganz brennliche Angelegenheit handle.

Um Indiens Selbstverwaltung.

England hat das starke Bedürfnis, in Indien Ruhe zu halten und darüber hinaus aus diesem gewaltigen Menschenreservoir Truppen zu rekrutieren. Es kann dieses Ziel nur durch Kon-

sessionen an die Indier erreichen, von denen nur die intellektuellen Schichten politisch tätig sind, aber einen bei weitem über ihre Kopfzahl hinausgehenden Einfluß auf ihre Landsleute besitzen. Eine einheitliche politische Orientierung haben die indischen Intellektuellen nicht. Eine gemäßigete Richtung verlangt weitgehende Reforme, protestiert aber nicht gegen die Verbindung mit England. Das Ideal dieser Partei ist die Gewinnung der Selbstverwaltung nach dem Vorbilde der englischen Dominions. Die Nationalen gehen weit über diese Ziele hinaus und erstreben die völlige Unabhängigkeit Indiens.

Der englische Kolonialstaatssekretär Montagu und der indische Vizekönig Lord Chelmsford haben nun einen Reformplan entworfen, wonach den indischen Provinzen eine gewisse Selbstverwaltung unter Erweiterung der Aufgaben der Provinzialverwaltung gewährt werden soll. Die demokratische Basis dürfte freilich nicht allzu breit sein, denn die dem Plane wohlgenegte „Times“ sagt, daß es „schwierig und gefährlich“ sei, ein Land wie Indien, dessen Geschichte, Ueberlieferungen und sozialen Bedingungen der Demokratie in den meisten Beziehungen vollkommen fremd seien, zu demokratischen Formen überzuführen.

Ueber die Aufnahme dieser Reformen ist unter den Indern selbst ein lebhafter Streit entbrannt. Der „Manchester Guardian“ erzählt aus Simla, daß der gemäßigete Teil der öffentlichen Meinung der Reform Montagus und Chelmsfords günstig gesinnt bleibt, nur die Ultras sind dagegen und um wünschen die völlige Verwerfung der Reformvorschläge. In einer Versammlung der Provinzialkonferenz von Bengalen, die am 14. Juli stattfand, haben die Ultras, die einen beherrschenden Einfluß auf die Organisation des Nationalkongresses ausüben, eine Entschließung angenommen, in der sie den ganzen Reformplan verworfen. Die Gemäßigten, die in sehr kleiner Anzahl anwesend waren, konnten nicht zum Worte gelangen. Die in englischer Sprache erscheinenden Blätter von Kalkutta beurteilen den Plan ungünstig, aber ihr Interesse für die ganze Angelegenheit ist augenblicklich durch Kriegsangelegenheiten zurückgedrängt worden. Die gemäßigten nationalen Presse von Kalkutta, Bombay und vom Westküste und den vereinigten Provinzen unterführt die hauptsächlichsten Grundzüge des Reformplanes, verlangt aber folgende Jugendstündnisse: Verminderung der Machtbefugnisse der Provinzialgouverneure und Verklärung des „Volkselements“ in der britisch-indischen Regierung und eine Kontrolle über die Finanzgebarung der Provinzen und der Regierung. Die Ultras machen große Anstrengungen, um auf dem indischen Nationalkongress, der Mitte August in Bombay abgehalten wird, die Mehrheit zu erlangen.

Die ungarische Wahlrechtsvorlage angenommen.

Welterle unterwirft sich Tisza.

Budapest, 1. August. (Melbung des Ungarischen Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus.) Das Magnatenhaus hat die Wahlrechtsvorlage unverändert angenommen.

Während der Debatte über die Wahlreform in Magnatenhaufe ergriff Ministerpräsident Dr. Welterle das Wort. Er schloß seine Rede folgendermaßen: „Ich mache schon jetzt darauf aufmerksam, man möge mich nicht wieder der Inkonsistenz zeihen, wenn ich vielleicht bei der Lösung der Reformen nicht mit denjenigen gehen werde, mit denen ich bisher gegangen bin. Ich bedauere es sehr, wenn ich meine politischen Freunde verlassen muß. Die gemeinsame Tätigkeit hat in mir ein solches Maß von Hochachtung ihnen gegenüber erweckt, daß ich nur mit Schmerz bedauern kann, daß unsere Wege auseinandergehen. Bei der Beurteilung so wichtiger politischer Fragen kenne ich nur einen Gesichtspunkt, daß die konkrete Verwirklichung jener Prinzipien, die ich vertritt habe und die ich jetzt verteidigen will, gebilligt werde. Die Politik erfordert, daß wir an diesen Prinzipien festhalten, daß wir sie verwirklichen, und zwar mit denjenigen verwirklichen, die bereit sind, uns zu folgen. Da durch die Erledigung des Wahlrechtsentwurfs die Grundlagen gegeben sind, eine denarische konkrete Politik zu verwirklichen, so bitte ich um unveränderte Annahme der Vorlage.“ (Lebhafte Beifall.)

Diese Worte erregten allgemeine Aufmerksamkeit und werden in der Presse so gedeutet, daß der Ministerpräsident mit Hilfe Tiszas die Bildung einer einheitlichen Regierungspartei unter Führung Welterles anstrebe und diesen Plan in der Herbstsession zu verwirklichen gedenke.

Der alte Reaktionär Tisza hat seinen Sieg. Welterle erkennt ihn als den Stärkeren an, mit dem man paktieren muß. Die Parteigründung, die das Gerücht kommen sieht, würde diese Tatsache klar absteampeln.

Caillaux und Malvy.

Paris, 31. Juli. Caillaux richtete einen neuen Brief an den Senatspräsidenten Dubost mit der bringenden Bitte, im Reformprozeß vernommen zu werden. Das Urteil im Malvyprozeß dürfte Ende der laufenden oder Anfang der nächsten Woche gefällt werden. Die Presse ist in dieser Frage immer noch in zwei Lager gespalten. Die Presse der Rechten ist über die Aussagen der ehemaligen Ministerpräsidenten sehr aufgebracht. „Action Française“ verlangt, man solle Viviani, Briand und Ribot in Anklagezustand versetzen. Die Presse der Linken freut sich. Die Luft sei endlich gereinigt, schreibt Humanité.

Jahresklasse 1920 in Frankreich.

Paris, 1. August. (Havas.) Die Kammer verhandelte über den Gesetzentwurf betreffend die Ausschreibung der Jahresklasse 1920. Mehrere Redner sprachen sich dringend für die Entlassung der älteren Jahrgänge aus. Renaudel sagte, die vorzeitige Einberufung der Jahresklasse 1920 sei keine gute Politik. Andere Länder hätten diese Klasse zwar schon einberufen, aber man müsse die Gesamtzahl der französischen Opfer in Rechnung ziehen. Unterstaatssekretär Abrami erklärte, Frankreich sei in einem schrecklichen Krieg verwickelt, der ihm aufgebürdet worden sei. Es handle sich darum, diesen Krieg so schnell wie möglich unter Zusammenfassung aller verfügbaren Kräfte der Entente siegreich zu beenden. Die Jahresklasse 1920 müsse im Herbst aufgerufen werden. Die Regierung verpflichte sich, die Verwendung der Jahresklasse 1920 unter strengen Bedingungen zu überwachen, und die Frage der Entlassung der älteren Jahrgänge der Lösung zuzuführen.

Schwerste Beschiesung von Dünkirchen.

Paris, 31. Juli. „Matin“ meldet aus Dünkirchen: In der Nacht zum 25./26. Juli überflogen deutsche Flugzeuge Dünkirchen und besetzten die Stadt mit 60 Lufttorpedos schwersten Kalibers, die bedeutenden Sachschaden verursachten. Am 26. begann die Beschiesung durch ein Ferngeschütz.

Das Eisenbahnunglück bei Landsberg

Ist nach den Befundungen von Fahrgästen hauptsächlich durch Nebenumstände vergrößert worden. So ist z. B. das Rettungsnetzwerk ganz wesentlich dadurch vergrößert worden, daß bei dem Zusammenstoß eine Telegraphenstange umgerissen und dadurch die Telegraphenleitung auseinandergerissen wurde, so daß keine Verbindung hergestellt werden konnte.

Bei den neuesten Zusammenstößen, auch wieder bei dem Unglück auf der Ostbahn, haben wir, daß ein großer Teil der Opfer durch den sich an den Zusammenstoß anschließenden Brand um das Leben gekommen ist, oder außergewöhnlich schwere Brandverletzungen davongetragen hat. Die Ursache der Brände ist fast stets das Explodieren der Gasbehälter.

Ueber die Ursachen der Katastrophe wird noch folgende amtliche Darstellung verbreitet:

Der Unfall hat sich auf folgende Weise ereignet. D-Zug 22 West-Berlin - Berlin entgleiste am 30. vorigen Monats 9.14 Uhr vormittags während der Fahrt auf der freien Strecke zwischen den oben genannten Stationen, als er an dem ihm begegnenden Güterzug 6841 vorüberfuhr. Wenige Augenblicke vor der Begegnung war die linke Kolbenstange der Güterzuglokomotive im Kreuzkopf gebrochen. Durch den Dampfdruck im Zylinder nach vorn getrieben, durchschlag der Kolben mit der Kolbenstange den Zylinderdeckel. Dadurch wurde die Kolbenstange mit Kolben von der Lokomotive losgelöst und bei der Weiterbewegung der Güterzuglokomotive zwischen dieser und der nahe liegenden Schiene des Nachbargleises derart eingeklemmt, daß ein sehr starker Druck auf das Nachbargleis ausgeübt wurde.

Außer den gestern genannten sind noch die Namen von folgenden Toten festgestellt worden: Frau Ernestine Boldnow aus Berlin, Alte Schönhäuser Straße, deren Mann sich ebenfalls unter den Toten befindet; Frau Ella Riesenfeld aus Bromberg; Frau Luise Wolf aus Bielefeld; Frau Pfarrer Herrmann aus Stahlewo, Kreis Czarnikau.

Amlich wird noch eine Ergänzung zur gestrigen Totenliste gegeben. Die als tot gemeldete Frau Frida Krafauer aus Crone a. d. Braße ist verheiratet, die Tote ist die Tochter Adelheid Krafauer. Der als tot gemeldete Schweiger heißt Schweigg und stammt aus Bronke. Bei den Verletzten muß es heißen: Gertrud Herrmann (nicht Herbert); es ist dies die Tochter der getöteten Pfarrersfrau.

Groß-Berlin

Eingemeindungspläne während des Krieges.

Der Minister des Innern hat an die Regierungsräte einen Erlaß über die Behandlung von Eingemeindungsplänen gerichtet. In einem früheren Rundschreiben vom 6. August 1917 war mitgeteilt worden, daß zu dem Zweck, die während des Krieges der halbigen Erhaltung nicht bedürftigen, auch kommunale Zweckänderungen gebieten. Diese Bestimmung findet jedoch auf Eingemeindungspläne von Städten, bei denen unter den Gründen für die Eingemeindung das Wohnungsbedürfnis entscheidend mit in Frage steht, keine Anwendung.

Für die Errichtung von Gemeinde-Wohnungsnachweisen.

Spricht sich der Staatskommissar für das Wohnungswesen in einem an die Regierungsräte und den Oberpräsidenten in Charlottenburg gerichteten Rundschreiben aus. Nach dem Wohnungsgesetz sind in Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern gemeindliche Wohnungsnachweise zu errichten, sofern nicht für die Nachweisung kleinerer Wohnungen durch andere Einrichtungen in ausreichender Weise gesorgt ist. Die Errichtung dieser Wohnungsnachweise ist eine der dringlichsten Aufgaben auf dem Gebiete des Wohnungswesens.

Nach dem Wohnungsgesetz bezieht sich ferner die Verpflichtung zur Errichtung von Wohnungsnachweisen nur auf „kleinere Wohnungen“. Ganz abgesehen davon, daß der Begriff der „kleineren Wohnungen“ verschieden ausgelegt werden kann, empfindet es sich, den Wohnungsnachweis der Gemeinden für alle Wohnungen ohne Rücksicht auf ihre Größe einzurichten. Kennenwerte Mehrfamilien werden den Gemeinden dadurch nicht einfließen. — Zweckmäßig wird auch ein Hand-in-Hand-Arbeiten der gemeindlichen Wohnungsnachweise mit den gemeindlichen Arbeitsnachweisen sein.

Endlich erscheint es dem Wohnungskommissar angezeigt, bei dieser Gelegenheit die Aufmerksamkeit der Gemeinden erneut auf die Schwierigkeiten zu lenken, die den Kinderreichen Familien bei der Beschaffung einer Wohnung erwachsen. Es ist daher zum Nutzen der Kinderreichen Familien bei der Errichtung der Wohnungsnachweise Vorkehrungen zu treffen, daß vernünftige Wohnungen, die sich für derartige Familien eignen, besonders kenntlich gemacht werden. Die Regierungsräte und der Oberpräsident werden zum Schluß ersucht, auf die schleunige Errichtung von Wohnungsnachweisen durch die Gemeinden — auch in der Stadt Berlin — sowie darauf hinzuwirken, daß hierbei die vorstehenden Gesichtspunkte möglichst berücksichtigt werden.

Ohne Lebensmittelkarten!

Von Brotkarten, Kartoffelkarten, Fleischkarten usw. wird niemand satt, aber ohne sie kann einer in Gefahr kommen, zu verhungern. Wer seine Karten durch Verlust oder Diebstahl einbüßt, mag jeden, woher er die unentbehrlichen Lebensmittel kriegt. Erleidet werden ihm die Karten entweder überhaupt nicht oder nur unter besonderen Umständen und nach vielen Laufen — und „hinterrum“ ohne Karten zu kaufen, ist ja wohl verboten. Eine Frau schildert uns, wie sie die Karten für die aus drei Personen bestehende Familie einbüßte und welchen Mißerfolg sie mit ihren Bemühungen um Ersatz hatte. Als sie vor einem Lebensmittelgeschäft auf der Straße stehen mußte, wurde ihr nach langem Warten untunlich. Um sich den Angstschweiß vom Gesicht zu wischen, nahm sie aus ihrer Markttasche das Taschentuch, mit dem sie ihre kleine Kartenmappe bedeckt hatte. Eine Spionhahn machte sich das zumute — und im nächsten Augenblick war die Mappe mit allen hübsch beisammen liegenden Karten verschwunden. Niemand wollte es gesehen sein, als die Verlustene den Verlust bemerkte und lärm schlug. Sie lief sofort zu den Geschäften, von denen sie in die Kundenliste eingetragen war, und bat die betreffenden Karten bei Vorweisung anzuhalten. Dann meldete sie den Diebstahl bei der Polizei, aber dort mußte sie sich sagen lassen: „Was geht das uns an? Passen Sie besser auf!“ Die Brotkommission, bei der sie Hilfe suchte, gab ihr den Bescheid: „Wir können nichts ersehen, nur bei Wohnungseindrücken.“

Lebensmittel.

Die Abschnitte der Berliner Kartoffelkarte 31a-g verlieren mit Freitag, den 2. August ihre Gültigkeit. Bis Freitag, den 2. August einschließlich, hat also jeder Karteninhaber seine Kartoffeln für die Woche vom 29. Juli bis 4. August beim Kleinhändler zu entnehmen. Diese Bestimmung gilt nicht für Militärurlaubler und diejenigen, die erst nach dem 2. August in den Besitz einer Kartoffelkarte gelangten, ebenso wenig für den Verbrauch in Gast-, Schank- und Speisewirtschaften. Die zum Verbrauch in der Woche vom 5. bis 11. August bestimmten, auf die Abschnitte 32a-g der Berliner Kartoffelkarte entfallenden 7 Pfund Kartoffeln sind bereits von Freitag, den 2. August, ab in den Kleinhändlergeschäften abgegeben, jedoch fortwährend zum Verbrauch in der kommenden Woche aufzubewahren, da für vorzeitig verbrauchte oder abhanden gekommene Kartoffeln kein Ersatz gewährt wird. Zur Sicherung der rechtzeitigen Belieferung wird dringend empfohlen, von dem Vorausbezug ausgiebig Gebrauch zu machen. Bis Sonntag, den 4. August, wird an diejenigen Kunden, die in die Speisekartenlisten der in den Bezirken der 97-103, 106-112, 115, 117-120, 122, 171, 191, 202-204, 207, 209, 213, 220, 221, 227, und 230. Brotkommission gelegenen Geschäfte eingetragen sind, pro Kopf 125 Gr. Käse verteilt. Auf Abschnitt 35 der Süßstoffkarte H dürfen im August 1918 zwei Päckchen Süßstoff zu je 25 Pf. entnommen werden. Die Abschnitte 1-34 werden nicht mehr eingelöst.

Die Groß-Berliner Gemeinden gegen die Reichsbekleidungsstelle.

Wie die Charlottenburger „Neue Zeit“ erfährt, beschäftigen die Groß-Berliner Gemeinden demnächst einen geharnischten Protest gegen die Reichsbekleidungsstelle und deren Leiter, Geheimrat Deutler, zu veröffentlichen. Die Gemeinden empfinden die Ausführungsbestimmungen zur der Verordnung über die Beschlagnahme der Fensterbänke als eine Bevormundung, die der Reichsbekleidungsstelle, die sich auch schon früher als Aufsichtsbehörde der Groß-Berliner Gemeinden aufgespielt habe, nicht zustehe. Insbesondere erregt die Bestimmung lebhaften Unwillen, daß die Gemeinden verpflichtet sein sollen, den zur Ablieferung Verpflichteten die Meldebogen zuzustellen, obwohl ihnen die in Betracht kommenden Personen gar nicht bekannt sind. Aus allen diesen Gründen werden, wie das erwähnte Blatt meldet, die Groß-Berliner Gemeinden voraussichtlich in Kürze gegen die von der Reichsbekleidungsstelle geforderte Art der Durchführung der Beschlagnahme der Fensterbänke Stellung nehmen.

Die Festbesoldeten und die Kleiderabgabe.

Gegen die verhängte Bestandsaufnahme der Rämmeroberbekleidung hat der „Bund der Festbesoldeten“ Stellung genommen. In einer

der Reichsbekleidungsstelle eingesandten Entschuldigend wird auf die ungünstige soziale und wirtschaftliche Lage der festbesoldeten Berufsleute hingewiesen. Mehr als 3 bis 4 Anzüge dürfte kein Beamter oder Privatangehöriger haben. Diese werden aber auch dringend benötigt, da die Natur der Beschäftigung eine saubere Kleidung erfordert. Ein Arbeitsanzug genügt für diesen Zweck nicht, da er sehr bald aufgebraucht sein würde und eine Neuananschaffung bei den geforderten Preisen ausgeschlossen ist. Außerdem werden die abgelegten Anzüge aus den gleichen Gründen für die Angehörigen, besonders zur Umarbeitung für Kinderanzüge und dergleichen gebraucht. Der Bund fordert deshalb, daß mindestens die festbesoldeten mit einem Friedens Einkommen von nicht mehr als 8000 M. von der Ablieferung eines Anzuges befreit und die Bestimmungen über die Bestandsaufnahme entsprechend geändert werden.

Ueberflüssige Nebenarten

machte in Neukölln ein Bezirksvorsteher, als eine Kriegerfrau ihn um Ausfertigung eines Scheines bat, den sie zur losenlosen Zwangsmaßnahme eines Kindes brauchte. Vorchriftsgemäß stellte er mit ihr das übliche Verhör an, fragte sie nach Namen, Wohnung usw., erkundigte sich dann, ob sie neben der Familienunterstützung eine Beihilfe vom Arbeitgeber des Mannes erhält, und schließlich auch danach, ob sie selber einen Arbeitsverdienst hat. Als die Frau angab, daß sie nicht arbeitet, bemerkte der Herr Bezirksvorsteher: „Dann haben Sie es nicht nötig!“ Sie erwiderte ihm, sie habe es sehr nötig zu arbeiten, aber durch Krankheit werde sie daran gehindert. Die Herz- und magenleidende Frau, deren Kränklichkeit und Schwäche jedem sofort auffallen könnte, befindet sich in dürftigen Verhältnissen, weil sie mit der Familienunterstützung und einer kleinen Arbeitgeberbeihilfe wirtschaften muß. Sie fühlt sich durch die Ausherrung des Bezirksvorstehers verletzt und erklärt uns, nie wieder werde sie jemand dazu bringen, noch einmal zu diesem Mann zu gehen. Wenn doch die Herren und Damen, die in der Kriegsmohlschlacht tätig sind, es sich verheißeln wollten, gegenüber Hilfesuchenden den „Volkserzieher“ zu spielen! In allerletzter sollte man einer Frau, die den Art ansuchen will, einen Vorwurf daraus machen, daß sie nicht arbeitet.

Die geheimnisvolle Adresse.

Die Hilfsaktion der Proletarierinnen, Abt. Kranken- und Waisenhilfe, Engelstraße 21 III, hat sich am 12. Juli an den Vorstand der Windelwoche, Wendlerstraße 7, gewandt, um zu erfahren, wo Frauen, deren Behinderung anerkannt ist, sich hinwenden können, um für sich und das kommende Kindchen Hilfe zu erhalten. Bis heute ist sie ohne jede Antwort. Täglich kommen zu ihr werdende Mütter und wollen die Adresse erfahren, deshalb sieht sie sich jetzt genötigt, die Öffentlichkeit in Anspruch zu nehmen. Schließlich hat die Öffentlichkeit doch ein Recht darauf, die Adresse zu erfahren, denn die Sammlungen sind öffentlich erfolgt. Wenn auch die gesammelten Gelder erst hergerichtet werden müssen, so kann das doch kein Grund sein, die Adresse zu verschweigen.

Mit Geld ist den Müttern heute nicht gedient. Lebige Berliner Mütter kann die Hilfsaktion der Proletarierinnen an das Vormundschaftsamt der Stadt Berlin, Landsberger Str. 49/47, verweisen, die dort das Gewünschte erhalten. Was soll sie aber den vielen Kriegerfrauen mit auf den Weg geben?

Bis vor kurzem konnte sie selbst helfen, leider sind ihre Schränke jetzt leer; deshalb ergeht das Ersuchen: Wer den werdenden Müttern helfen will, teile der Hilfsaktion der Proletarierinnen die Adresse mit!

Der „Wahre Jakob“ ist erschienen und gelangt heute zur Ausgabe.

Ein Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters findet heute in der Philharmonie, Bernburger Str. 22/23, statt. Beginn des Konzerts 8 Uhr. Eintrittspreis 30 Pf. Kasseneröffnung 7 Uhr.

Die Pflanzspiele Neue Philharmonie, Spandauer Straße 66/67 bringen vom 2.-8. die Uraufführung des Himmels Die Abenteuer des Kapitän Hansen. Hierzu gelangt ein Detektiv-Film „J. J.“ zur Uraufführung.

Neukölln, Eierabgabe. Vom Donnerstag, den 1. bis Sonntag, den 11. August, darf auf Abschnitt 51 der Neuköllner Eierkarte 1 Ei entnommen werden. Das Publikum wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß an Stelle von ganzen Eiern teilweise auch Eier auf den jeweils gültigen Abschnitt der Neuköllner Eierkarte zu entnehmen sind.

Lichtenberg, Lebensmittel. Auf Abschnitt 53 der gemeinsamen Lebensmittelkarte gelangen jetzt ohne Voranmeldung 200 Gramm Marmelade (Pfand 22 Pf.) zur Ausgabe. Abschnitt 53 darf nicht beliebig werden. Abschnitt 53 verleiht seine Gültigkeit am 14. August. Der Umtausch der Reichsbekleidungskarten gegen Bezugsscheine für Nahrungsmittel findet nur am 5., 6. und 7. August, Rathausstraße 7, 2. Aufgang, 2 Treppen, Zimmer 6, vormittags von 9 bis 11 Uhr statt. Es gelangen für jeden Fleischkartenabschnitt 200 Gramm Nahrungsmittel zur Ausgabe.

Reinickendorf, Lebensmittel. Auf Abschnitt 161 der Lebensmittelkarte der Gemeinde wird 1/4 Pf. Marmelade zum Preise von 23 Pf. abgegeben. Die Anmeldung bei den Kleinhändlern und den amtlichen Verkaufsstellen hat bis einschließlich den 5. d. M. zu erfolgen. Auf Abschnitt 49 der Lebensmittelkarte für Groß-Berlin werden 200 Gramm und auf Abschnitt 50 100 Gramm Grütze abgegeben. Die Anmeldung hat ebenfalls bis einschl. den 5. d. M. zu erfolgen.

Die Verteilung von Sonderzuweisungen an die Kinder für den Monat August findet wie folgt statt: Auf die Augustabschnitte der Kinderkarten A, B, C und D entfallen je ein Pfand Wertchen oder Sofermel. Auf die Sonderabschnitte IV, A, B, C und D werden 4 Pakete Zwieback zu je 20 Pf. das Paket, ferner ein Paket Nistz abgeben.

Ferner können die Kinder gegen Vorlage ihrer Kinderkarten bei Hinz, Hauptstr. 62, Schneider, Gollandschtr. 23, und Taschenmacher, Schrammbeckerstr. 133, auf jede Karte 1 Pf. Fruchtstirrup in Empfang nehmen. — Die Ausgabe sämtlicher vorstehend aufgeführter Nahrungsmittel erfolgt nach den Anfangsbuchstaben der Familiennamen für Buchstaben K-G am 5. August, H-S am 6. August, T-R am 7. August, O-S am 8. August und Z-X am 9. August, nach dem 9. August für solche, die am Begünstigten nicht beliebig werden können.

Königsbucklerhausen. Die Gründungsversammlung des „Gemeinnützigen Bauvereins Königsbucklerhausen N.O.“ hat Sonntag nachmittags stattgefunden. Die Beteiligung war sehr zahlreich. Der Vorsitzende, Gemeindevorsteher Kossin, teilte mit, daß sich die Zahl der Mitglieder weiter erhöht habe und jetzt bereits Mitten im Reanwert von 48 600 M. untergebracht seien. Der vorliegende Satzungsentwurf wurde mit unerheblichen Änderungen einstimmig angenommen und notariell festgestellt. Im Anschluß hieran folgte die konstituierende Generalversammlung. Nach dem Vorlesung des Gemeindevorstehers Kossin beschloß die Versammlung, den Aufsichtsrat aus sieben Mitgliedern zusammenzusetzen und Vertreter der Gemeindevorwaltung, des Großindustriellen, der Gewerkschaften, der Postbeamten, der Gewerbetreibenden und der Arbeiterkassen hinzuzuziehen. Die Tätigkeit des Bauvereins wird sich vor allen Dingen auf die Finanzierungsverhandlungen und die Auswahl geeigneter Bauprojekte erstrecken.

Reiswaren, Lebensmittel. Auf Abschnitt 44 der Zuckerkarte, gültig vom 1. bis 15. August, und auf Abschnitt 21 der Zuckerkarte, gültig für den Monat August, findet die Ausgabe von Zuckerkarten statt. Die Karteninhaber haben von Donnerstag, den 1. bis Donnerstag, den 8. d. M., diese bei dem Kleinhandler abzugeben, in dessen Kundenverzeichnis sie eingetragen sind. Der Zucker kann dann vom 12. bis 15. d. M. entnommen werden.

Soziales.

Der öffentliche Spielplatz.

In der heißen, sonnigen Jahreszeit sollte jedes Kind die Möglichkeit haben, sich recht häufig und lange draußen im Freien aufzuhalten. Vielen Kindergärten und Horten steht ja auch ein Stück Freiland zur Verfügung, auf dem sich die Kinder tummeln können. Wo dieses nicht vorhanden, leisten Spaziergänge Ersatz. In Waldschulen und Erholungsstätten sind die Kinder den ganzen Tag in der frischen Luft. Diese Einrichtungen sind jedoch nur zur Aufnahme erholungsbedürftiger Kinder bestimmt. Auch die Kindergärten und Horten umfassen nur gewisse Gruppen von Kindern, so daß noch eine erhebliche Anzahl übrigbleibt, die auf enge schmutzige Erde oder die staubige, lärmvolle Straße angewiesen sind, da sie weder einen eigenen Garten besitzen, noch wie auf dem Lande in Wald und Wiesen frei herumspielen können. Das Kleinstad oder ist fast ausschließlich in die enge Wohnung eingesperrt und wird höchstens einmal von der Mutter zum „Einholen“ mitgenommen.

Wie notwendig ist für diese Kinder der öffentliche Spielplatz, der ihnen die Möglichkeit zu Spiel und Bewegung im Freien gibt! In jeder größeren Stadt sollten ruhig gelegene, freie Plätze, mit Bäumen oder Sandhöfen, von ein paar Bäumen beschattet, von Anlagen und kleinen Rasenflächen umgeben, als Kinderspielplätze zur Verfügung gestellt werden. Je nach Bedarf sollten eins oder mehrere Kinderspielflächen zu bestimmten Stunden des Tages der Aufsicht führen und die Spiele der Kinder leiten. Mit einem täglichen, regelmäßigen Besuch durch dieselben Kinder, wie es im Kindergarten und Hort der Fall ist, kann auf dem Kinderspielplatz nicht gerechnet werden. Je nach den örtlichen Verhältnissen ist es ratsam, besondere Spielmittelpunkte oder tägliche Spielstunden einzurichten. Die Teilnehmerzahl darf nicht zu groß sein. Mit den einfachsten Mitteln, Axtspielen, den bekannten Kinderspielen, einem Sandhofen für die Kleineren, kann man den Kindern Stundenlang Unterhaltung und Freude bieten.

In Karlsruhe besteht seit zwei Jahren die Einrichtung der öffentlichen Spielplätze unter Aufsicht von Kindergärtnerinnen. Vergangenen Sommer waren drei verschiedene Plätze in Betrieb, die sich eines regen Besuches und großer Beliebtheit erfreuten.

Eine der Leiterinnen erzählt in der diesjährigen Mainummer der Zeitschrift „Kindergarten“ von den Erfolgen und Erfahrungen ihrer Tätigkeit. Es ist zu wünschen, daß immer mehr Städte dem Bedürfnis nach Kinderspielflächen Rechnung tragen und die verhältnismäßig einfache und mit wenig Mitteln zu unterhaltende Einrichtung schaffen.

Nachgang der Wohnungsbauten.

Daß zur Zeit eine große Wohnungsnot herrscht und daß nach dem Kriege viele Familien überhaupt nicht wissen werden, wo sie wohnen sollen, ist nicht allein der beinahe völligen Einstellung der

Wohnungsbauten während des Krieges geschuldet, sondern, wie die von uns schon mehrfach erwähnte Aufnahme des Kaiserl. statistischen Amtes über die Wohnungsbauten seit einer Reihe von Jahren, ersichtlich wurde, auch durch die geringe Zahl von Neubauten, die in den letzten Jahren errichtet wurden.

Vergleichbare Angaben gingen von 87 deutschen Städten ein und diese liefern ein erschreckendes Ergebnis. Es wurden errichtet:

Jahr	Wohngebäude	Wohnungen
1912	6912	61 335
1913	7017	45 220
1914	5067	32 380
1915	2484	13 171
1916	904	4 685
1917	428	1 712

Das ist ein recht düsteres Bild, das uns den Wohnungsmangel ohne weiteres erklärt. In einzelnen sind noch folgende Angaben hervorzuheben: In Augsburg, Barmen, Berlin-Schöneberg, Bochum, Elberfeld, Mainz, Stettin, Wiesbaden, Witten — es kommen hier nur die erwähnten 87 Städte in Betracht, die vergleichbare Angaben lieferten — wurde im Jahre 1917 kein einziges Wohngebäude neu hergestellt, gegenüber dem Jahre 1916 ist eine Zunahme an Wohngebäuden lediglich in Elbing und Lübeck um je 1, Frankfurt a. D. um 2, Kiel um 14 zu verzeichnen. In anderen Städten war der Rückgang von 1916 zu 1917 ganz beträchtlich. Es wurden gebaut in den beiden Jahren: in Bremen 114 und 45, in Köln 141 und 43, Dresden 41 und 9, in Essen 200 und 100, Hamburg 44 und 11, Hannover 11 und 1, Karlsruhe 15 und 3, Königsberg 25 und 12, Mannheim 18 und 9, Nürnberg und Straßburg 24 und 4.

Für Berlin werden uns von anderer Seite Angaben zur Verfügung gestellt, die eine ebenso furchtbare Sprache reden. Es wurden gebaut Wohnungen

Jahr	durch Neubau	durch Umbau	überhaupt
1910	5920	844	6764
1911	6084	184	6268
1912	7508	233	7741
1913	4580	202	4782
1914	1817	103	1920
1915	783	115	898
1916	203	40	243

Verglichen mit dem Jahre 1910 sind also in Berlin im Jahre 1916 6022 Wohnungen weniger neu entstanden. Wir sind überzeugt, daß der geringe Zuwachs von 262 Wohnungen im Jahre 1916 mehr als ausgeglichen worden ist durch Wohnungsverluste der verschiedensten Art.

Es ist nach alledem kein Wunder, daß die Bevölkerung den Hauswirten geradezu ausgeliefert worden ist. Aber die Zahlen zeigen auch, daß der Gesetzgeber energisch zugreifen muß, um dem Wohnungsmangel, der trotz Wiedereingangsmaßnahmen die tollsten Blüten treibt, ganz entschieden entgegen zu wirken.

Aus aller Welt.

Die Cholera in Petersburg.

Petersburg, 20. Juli. (B. Z. A.) Der Obersanitätsrat stellt fest, daß die Choleraerkrankungen sich bedeutend verringert haben.

Dies beweist noch lange nicht, daß es keine neuen Erhöhungen der Krankheitsfälle geben wird, aber jedenfalls haben die Maßregeln der außerordentlichen Kommission bei dem Gesundheitspflegekommissariat sofort die Choleraepidemie eingebremst. Großen Nutzen hat auch das Verbot von verdächtigen Lebensmitteln auf den Straßen gebracht. Größtenteils waren es die Käufer, die als erste der Choleraepidemie erlagen.

Petersburg, 27. Juli. (B. Z. A.) Zum Kampf gegen die Cholera ist im Rewaragon ein Sanitätsdampfer mit einer Kanüle eingerichtet worden, der unter der roten Kreuzflagge fährt. Im Rewaragon wurde zugleich ärztliche Tages- und Nachtwache eingeführt.

Petersburg, 29. Juli. (B. Z. A.) Auf Veranlassung des Professors Sobolotnij hat die außerordentliche Kommission zur Bekämpfung der Cholera die Gründung eines besonderen Instituts, welches die nördlichen Gebiete mit Serum versorgen soll, beschlossen und Professor Sobolotnij mit der Organisation betraut.

Briefkasten der Redaktion.

An viele und an W. 12. Bei Verlaubungen bis zur Entlassung ist die Weiterzahlung der Familienversicherung von vorliegender Bedingtheit abhängig. Wenn z. B. jemand besonders schwer kranken liegt, ist Arbeit nicht aufnehmen kann, müßte die Unterzahlung weitergezahlt werden. — B. W. 20. Sie müssen die Kündigungserklärung imbedenken. — Helmholtz. Die Witwe erbt in diesem Falle die Hälfte, die andere Hälfte erben die Kinder. — Clara 1920. Da das Haus aus Zwangsversteigerung übernommen ist, ist der Mietvertrag nicht mehr bindend. 2. Reim. — Weidmann 4 223. Erst bei der Entlassung aus der Quarantänebestimmung läßt Ihnen Urlaub zu. — W. 18. 1. Der Antrag sollte müssen auf das Versicherungsamt eingereicht werden, er erweist deshalb jedenfalls eine Verzögerung. Warten Sie bei der Landesversicherungsanstalt um einen Bescheid. Die Rente wird Ihnen übrigens nachgezahlt. 2. Der Vorgelegte ist zur Mitteilung an Sie nicht verpflichtet. Sie selbst werden Sie sich noch einmal an den Reklamationskommissar. — C. L. Volkman. Ersatz wird für das verlorene Palet nicht geleistet. — W. W. 56. 1. und 2. Reim.

Wasserstandsberichte der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am	30.	31.	Wasserstand am	30.	31.	
Memel	147	—	Zaale	Großh.	44	51
Weser	—	—	Havel	Spandau	34	—
Weichsel	4	4		Naumburg	—	—
Oder	492	310	Spreew.	Sprenberg	78	72
	55	57		Keroborj	194	184
	68	65	Defer	Winden	112	121
Warthe	—	—		Witten	174	168
	—	—	Mein	Magdalan	—	—
Neße	—	—		Gaub	205	209
Elbe	—	—		Elm	181	179
	—	—	Neßer	Hellbrom	85	29
	—	—	Wain	Hannu	95	94
	—	—	Weser	Lüter	15	—

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittags. Die Luft bleibt, aber veränderlich, keine oder nur erhebliche Niederschläge; langsame Erwärmung.

Deutsches Theater.
Allabendlich 8 Uhr
Max Pallenberg
in Der Josocho Kudl.
Kammerspiele.

Letzte Aufführungen 7 1/2 Uhr:
Inkognito. (Operette.)
Volksbühne, Th. a. Bülowpl.
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Sommernachtstraum.

Theater des Westens
Letzte Aufführungen 7 1/2 Uhr:
Die Tänzerin.
Ab Mont. Inkognito (Operette).

Theater 1/2 Königgrätzerstr.
Dir. C. Meinhard — R. Brunner.
8 Uhr: Die fünf Frankfurter.

Komödienhaus
8 Uhr: Die Zaria.

Berliner Theater
7 1/2 U.: Die Tablaues Blat.

Theater der Friedrichstadt.
Ecke Friedrich- u. Lönionsstr.
7 1/2, Norden 8 30. 7 1/2.
Der goldene Spiegel

v. Möllendorff, Alice Tornig,
Rich. Georg.
Sonnt. 3 1/2, kl. Pr.: Jugend.

National-Theater
3/8: Mäuschen.

Palast
mit dem Schwank
Tägl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2.
Großer Lacherfolg!
Gesamt-Gastspiel
des

Herrnfeld-Theaters
Die Kriegsgewinnler.
Hauptroll: Dir. A. Herrnfeld, Ferd. Grünecker.

Apollo-Theater
Friedrichstr. 218
7 1/2, 7 1/2.
Eröffnung
der neuen Spielzeit:
**Todesrennen
in der Luft**
sow. weitere Sensat.
Vorverkauf an der
Tageskasse 10—5 U.
Sonnt. 3 1/2, Uhr jeder
Erwachs. 1 Kind frei!

Theater für Freitag, 2. August.
Central-Theater
7 1/2 Uhr: Die Coardasflurstein.

Deutsches Opernhaus
7 1/2 Uhr: Die schöne Helene.

Friedrich-Wilhelmst. Theater
7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.
Komische Oper
Sonnt. 3 1/2 U.: Die Klockenpligle.

7 1/2 U.: Schwarzwalddübel.
Kleines Theater
8 Uhr: Arietta und seine Fehler
mit Bassermann.

Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul.

FRIEDRICHSTR.
IM DEUTSCHEN SUDAN
ERNSTES u. MEITERES
TK. FILM MIT VORTRAG DES AFRIKAFORSCHERS
HANS SCHOMBURGK
VORFÜHRUNGEN MIT DEM WESTERN
SPIELPLAN UM 6 UND 8 1/2
JUGENDLICHE HABEN ZUERSTEN
VORFÜHRUNG ZUTRITT

DER „HIAS“
Im I. Akt: Hias und das Kammerkätzchen. Im II. Akt: Die Flucht des Hias aus französischer Gefangenschaft. Im III. Akt: Der Traum des verwundeten Leutnants. Im IV. Akt: Der gescherte Alisi. Im V. Akt: Das urfidele Front-Brettel. Im VI. Akt: Das Kriegsgericht. Die glänzende Film-Einlage: „Sturm auf Schloß Mont-Plaisier“.
Täglich 7 1/2 Uhr abends
Sonntag 2 Vorstellungen: 3 1/2 u. 7 1/2 Uhr
WALHALLA-Theater • Weinbergsweg.

Versuchen Sie Jwezett-Rasierpulver, das einen prächtigen, steifen, haltbaren Schaum gibt. Dose 1,50. J. W. Zimmer, Frankfurt a. M.

Laustspielhaus 7 1/2 Uhr:
Die spanische Fliege
Morgen 3 1/2 Uhr: Soziale Scene.

Neues Operettenhaus
7 1/2 Uhr: Der Soldat der Maria.

Residenz-Theater
7 1/2 Uhr: Pimper-Küchen.
Schiller-Th. Chari.
7 1/2 Uhr: Alt-Heidelberg.

Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Unter der blühenden Linde
Theater am Nollendorfplatz
7 1/2 Uhr: Zum 300. Male

Viel alle Osterfische!

SARRASANI
Zirkus-Busch-Gebäude.
Tägl. 7 1/2, Mittw., Sonnt. u. Sonntag 3 u. 7 1/2 Uhr:
Das gewaltige
Massen-Manege-Schauspiel
„Torpedo-los!“
Morg. Sonnabend nachm. 8 U.
Große Sondervorstellung
Erwachsene und Kinder
halbes Preis.

WINTERGARTEN
Alice Hechy
Rolf Brunner
Gesangs- und Tanz-Duett
sowie der glänzende
Varieté
Eröffnungs-Spielplan!
Jeden Sonntag:
Nachmittag 3 1/2 Uhr
Vorstellung.
Kl. Preise! Kinderd. Hälfte!

Rose-Theater.
7 1/2 U.: Die Prinzessin vom Nil.
Gardend.: Bitte recht freundlich!

Berliner Prater-Theater
Rastantenallee 7—9.
Täglich 5 Uhr in vollständig
neuer Bearbeitung:

Im Wollentragometer.
Große Vollen-Revue in 5 Bildern
Dazu die größte Spezialitäten

Die Sozialdemokratie im Weltkrieg.
Von Dr. Ed. Cassel, M. D. N.
Aus dem Inhalt: Unsere Erfahrungen im Weltkrieg und ihre Bedeutung durch die sozialdemokratische Weltanschauung. Was wir immer betont haben. Sporn des Sozialdemokraten des Krieges. Die diplomatische Weltlage. Die Krise der Gefahr. Die Stellungnahme der Sozialisten in den Weltkriegen. Die russische Sozial- und Theorie. Nation und Internationalität.
Preis 2 M. Porto 20 Pf.
Buchhandlung Vorwärts
Berlin S. O. Unter den Eichen
in allen Buchhandlungen des Norddeuts.

Rußlandergut. Ein Buch für Anfänger. Mit zahlreichen Illustrationen. 1 Mark. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 3 (Koblen).

Reichshallen-Theater.
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Stettiner Sänger

Trianon-Theater
Dkt. Friedrichstr. Ztr. 4227, 2301
S. U. Zum 330. Male: **Der Lebensschüler.**
Kaiser-Titz, Bild, Film.
Sonnt. nachm. 7 1/2 U. kl. Pr.:
Schneewittchen.
Sonntag 4 Uhr: Johannistag.

Admiralspalast.
Die Prinzessin von Traganj
Sajdah, Deutsche Tänze
Kühler Aufenthalt.
7 1/2, Uhr. 3, 4, 5, 6 M.

Möbel
In allen Preislagen
1-, 2- u. 3-Zimm.-Wohnungen
empf. in mod. Ausführung.
Jul. Apelt, Tischlermstr.
Berlin S. O. Adalbertstr. 6,
Hochbahnstr. Kottb. Tor.

Deutscher Metallarbeiter-Verein.
Verwaltungsstelle Berlin. N 54. Unter den Eichen 83—85.
Geschäftszeit von 9—1 Uhr und von 4—7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1259, 1987, 9714.
Montag, den 5. August 1918

Bezirks-Versammlungen
für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin
in folgenden Kolonnen:
Norden: Wilmersdorf, Müllerstr. 142, abends 8 1/2 Uhr.
Norden: Wilmersdorf, Schwedter Str. 23, abends 8 1/2 Uhr.
Norden: Gröb. Badstr. 12 (Blüthengarten), abends 8 1/2 Uhr.
Norden: Gröb. Badstr. 12, abends 8 1/2 Uhr.
Charlottenburg: Volkshaus, Rosenthalerstr. 4, abends 8 1/2 Uhr.
Westen, Schöneberg und Steglitz: Kaiser-Wilhelm-Garten, Friedenau, Rheinstr. 65, abends 8 1/2 Uhr.
Osten und Nordosten: Comeniusstraße, Reimer Str. 67, abends 8 1/2 Uhr.
Lichtenberg und Stralau-Rummelsburg: Bismarck-Str. 56, abends 8 1/2 Uhr.
Weißensee: Restaurant Waldes, Berliner Allee 201, abends 8 1/2 Uhr.
Südwestbezirke: Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15, abends 8 1/2 Uhr.
Neukölln: Ideal-Hofstraße, Begehrstr. 8, abends 7 1/2 Uhr.
Tegel-Reinickendorf-West: Reinickendorf, Tegel, Berliner Straße 84, abends 6 1/2 Uhr.
Oberschöneweide, Niederschöneweide, Johannisthal u. Umgegend: Restaurant Bernau, Oberschöneweide, Wilmersdorferstr. 18, abends 8 1/2 Uhr.
Spandau: Steinweg, Blumendammstr. 8, abends 8 1/2 Uhr.
Cöpenick-Friedrichshagen: Reimann, Cöpenick, Waldstr. 44, abends 8 1/2 Uhr.
Tagesordnung in allen Versammlungen:
Bericht von der am 24. Juni/25. Juli 1918 stattgefundenen Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!
Befreiendes und pünktliches Erscheinen wird erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Jeder sei gerüstet
an dem kriegerischen Wettkampfe teilzunehmen, der diesem Kriege folgen wird. Hierzu befähigt ihn am sichersten eine umfassende Allgemein- u. fachl. Bildung.
Rasch und gründlich
führt die Methode Rusin (auf Direktoren höher. Lehranstalten, 22 Professoren als Mitarbeiter) jeden Vorwärtstrebenden ohne Lehrer durch Selbstunterricht unter energischer Förderung des Einzelnen durch den persönlichen Fernunterricht. Wissenschaftl. geb. Mann, Wissenschaftl. geb. Frau, Geb. Kaufmann. Die geb. Handlungsgeschäftl., Bankbeamte, Einj.-Freiw.-Prüf., Abit.-Exam., Gymn., Realgymn., Oberrealschule, Lyzeum, Oberlyzeum, Mittelschullehrerprüfung, Zweite Lehrprüf., Handelswissenschaftl., Landwirtschaftslehre, Ackerbauschule, Präparand, Konservatorium, Ausführende 30 3. starke Broschüre über bestandene Examen, Beförderungen im Amte, im kaufmännischen Leben usw. kostenfrei durch Bonnes & Hachfeld, Potsdam, Postfach 224.

Deutscher Metallarbeiter-Verein.
Verwaltungsstelle Berlin. N 54. Unter den Eichen 83—85.
Geschäftszeit von 9—1 Uhr und von 4—7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1259, 1987, 9714.
Montag, den 5. August 1918

Bezirks-Versammlungen
für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin
in folgenden Kolonnen:
Norden: Wilmersdorf, Müllerstr. 142, abends 8 1/2 Uhr.
Norden: Wilmersdorf, Schwedter Str. 23, abends 8 1/2 Uhr.
Norden: Gröb. Badstr. 12 (Blüthengarten), abends 8 1/2 Uhr.
Norden: Gröb. Badstr. 12, abends 8 1/2 Uhr.
Charlottenburg: Volkshaus, Rosenthalerstr. 4, abends 8 1/2 Uhr.
Westen, Schöneberg und Steglitz: Kaiser-Wilhelm-Garten, Friedenau, Rheinstr. 65, abends 8 1/2 Uhr.
Osten und Nordosten: Comeniusstraße, Reimer Str. 67, abends 8 1/2 Uhr.
Lichtenberg und Stralau-Rummelsburg: Bismarck-Str. 56, abends 8 1/2 Uhr.
Weißensee: Restaurant Waldes, Berliner Allee 201, abends 8 1/2 Uhr.
Südwestbezirke: Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15, abends 8 1/2 Uhr.
Neukölln: Ideal-Hofstraße, Begehrstr. 8, abends 7 1/2 Uhr.
Tegel-Reinickendorf-West: Reinickendorf, Tegel, Berliner Straße 84, abends 6 1/2 Uhr.
Oberschöneweide, Niederschöneweide, Johannisthal u. Umgegend: Restaurant Bernau, Oberschöneweide, Wilmersdorferstr. 18, abends 8 1/2 Uhr.
Spandau: Steinweg, Blumendammstr. 8, abends 8 1/2 Uhr.
Cöpenick-Friedrichshagen: Reimann, Cöpenick, Waldstr. 44, abends 8 1/2 Uhr.
Tagesordnung in allen Versammlungen:
Bericht von der am 24. Juni/25. Juli 1918 stattgefundenen Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!
Befreiendes und pünktliches Erscheinen wird erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verein.
Verwaltungsstelle Berlin. N 54. Unter den Eichen 83—85.
Geschäftszeit von 9—1 Uhr und von 4—7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1259, 1987, 9714.
Montag, den 5. August 1918

Bezirks-Versammlungen
für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin
in folgenden Kolonnen:
Norden: Wilmersdorf, Müllerstr. 142, abends 8 1/2 Uhr.
Norden: Wilmersdorf, Schwedter Str. 23, abends 8 1/2 Uhr.
Norden: Gröb. Badstr. 12 (Blüthengarten), abends 8 1/2 Uhr.
Norden: Gröb. Badstr. 12, abends 8 1/2 Uhr.
Charlottenburg: Volkshaus, Rosenthalerstr. 4, abends 8 1/2 Uhr.
Westen, Schöneberg und Steglitz: Kaiser-Wilhelm-Garten, Friedenau, Rheinstr. 65, abends 8 1/2 Uhr.
Osten und Nordosten: Comeniusstraße, Reimer Str. 67, abends 8 1/2 Uhr.
Lichtenberg und Stralau-Rummelsburg: Bismarck-Str. 56, abends 8 1/2 Uhr.
Weißensee: Restaurant Waldes, Berliner Allee 201, abends 8 1/2 Uhr.
Südwestbezirke: Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15, abends 8 1/2 Uhr.
Neukölln: Ideal-Hofstraße, Begehrstr. 8, abends 7 1/2 Uhr.
Tegel-Reinickendorf-West: Reinickendorf, Tegel, Berliner Straße 84, abends 6 1/2 Uhr.
Oberschöneweide, Niederschöneweide, Johannisthal u. Umgegend: Restaurant Bernau, Oberschöneweide, Wilmersdorferstr. 18, abends 8 1/2 Uhr.
Spandau: Steinweg, Blumendammstr. 8, abends 8 1/2 Uhr.
Cöpenick-Friedrichshagen: Reimann, Cöpenick, Waldstr. 44, abends 8 1/2 Uhr.
Tagesordnung in allen Versammlungen:
Bericht von der am 24. Juni/25. Juli 1918 stattgefundenen Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!
Befreiendes und pünktliches Erscheinen wird erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verein.
Verwaltungsstelle Berlin. N 54. Unter den Eichen 83—85.
Geschäftszeit von 9—1 Uhr und von 4—7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1259, 1987, 9714.
Montag, den 5. August 1918

Bezirks-Versammlungen
für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin
in folgenden Kolonnen:
Norden: Wilmersdorf, Müllerstr. 142, abends 8 1/2 Uhr.
Norden: Wilmersdorf, Schwedter Str. 23, abends 8 1/2 Uhr.
Norden: Gröb. Badstr. 12 (Blüthengarten), abends 8 1/2 Uhr.
Norden: Gröb. Badstr. 12, abends 8 1/2 Uhr.
Charlottenburg: Volkshaus, Rosenthalerstr. 4, abends 8 1/2 Uhr.
Westen, Schöneberg und Steglitz: Kaiser-Wilhelm-Garten, Friedenau, Rheinstr. 65, abends 8 1/2 Uhr.
Osten und Nordosten: Comeniusstraße, Reimer Str. 67, abends 8 1/2 Uhr.
Lichtenberg und Stralau-Rummelsburg: Bismarck-Str. 56, abends 8 1/2 Uhr.
Weißensee: Restaurant Waldes, Berliner Allee 201, abends 8 1/2 Uhr.
Südwestbezirke: Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15, abends 8 1/2 Uhr.
Neukölln: Ideal-Hofstraße, Begehrstr. 8, abends 7 1/2 Uhr.
Tegel-Reinickendorf-West: Reinickendorf, Tegel, Berliner Straße 84, abends 6 1/2 Uhr.
Oberschöneweide, Niederschöneweide, Johannisthal u. Umgegend: Restaurant Bernau, Oberschöneweide, Wilmersdorferstr. 18, abends 8 1/2 Uhr.
Spandau: Steinweg, Blumendammstr. 8, abends 8 1/2 Uhr.
Cöpenick-Friedrichshagen: Reimann, Cöpenick, Waldstr. 44, abends 8 1/2 Uhr.
Tagesordnung in allen Versammlungen:
Bericht von der am 24. Juni/25. Juli 1918 stattgefundenen Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!
Befreiendes und pünktliches Erscheinen wird erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verein.
Verwaltungsstelle Berlin. N 54. Unter den Eichen 83—85.
Geschäftszeit von 9—1 Uhr und von 4—7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1259, 1987, 9714.
Montag, den 5. August 1918

Bezirks-Versammlungen
für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin
in folgenden Kolonnen:
Norden: Wilmersdorf, Müllerstr. 142, abends 8 1/2 Uhr.
Norden: Wilmersdorf, Schwedter Str. 23, abends 8 1/2 Uhr.
Norden: Gröb. Badstr. 12 (Blüthengarten), abends 8 1/2 Uhr.
Norden: Gröb. Badstr. 12, abends 8 1/2 Uhr.
Charlottenburg: Volkshaus, Rosenthalerstr. 4, abends 8 1/2 Uhr.
Westen, Schöneberg und Steglitz: Kaiser-Wilhelm-Garten, Friedenau, Rheinstr. 65, abends 8 1/2 Uhr.
Osten und Nordosten: Comeniusstraße, Reimer Str. 67, abends 8 1/2 Uhr.
Lichtenberg und Stralau-Rummelsburg: Bismarck-Str. 56, abends 8 1/2 Uhr.
Weißensee: Restaurant Waldes, Berliner Allee 201, abends 8 1/2 Uhr.
Südwestbezirke: Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15, abends 8 1/2 Uhr.
Neukölln: Ideal-Hofstraße, Begehrstr. 8, abends 7 1/2 Uhr.
Tegel-Reinickendorf-West: Reinickendorf, Tegel, Berliner Straße 84, abends 6 1/2 Uhr.
Oberschöneweide, Niederschöneweide, Johannisthal u. Umgegend: Restaurant Bernau, Oberschöneweide, Wilmersdorferstr. 18, abends 8 1/2 Uhr.
Spandau: Steinweg, Blumendammstr. 8, abends 8 1/2 Uhr.
Cöpenick-Friedrichshagen: Reimann, Cöpenick, Waldstr. 44, abends 8 1/2 Uhr.
Tagesordnung in allen Versammlungen:
Bericht von der am 24. Juni/25. Juli 1918 stattgefundenen Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!
Befreiendes und pünktliches Erscheinen wird erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verein.
Verwaltungsstelle Berlin. N 54. Unter den Eichen 83—85.
Geschäftszeit von 9—1 Uhr und von 4—7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1259, 1987, 9714.
Montag, den 5. August 1918

Max Radtke
Neukölln, Begehrstr. 134,
am 29. Juli gestorben ist.
Die Beerdigung findet
heute Freitag, den 2. August,
nachmittags 3 Uhr, von der
Leichenhalle des Neuköllner
Gemeinde-Friedhofes, Reinickendorfer Weg, aus statt.
Regie-Beteiligung wird erwünscht.

Nachrufe.
Den Mitgliedern jenseit
zur Nachricht, daß unser
Kollege, der Dreher
Paul Bittner
Friedenau, Köpenickerstr. 60,
am 28. Juli gestorben ist.

Der Laubenkolonist.

Die Arbeiten im Monat August.

Da das Wetter und dauernd genügend Feuchtigkeit brachte, so ist das Wachstum aller Gemüsearten ein erfreulich gutes zu nennen. Selbst die nachgelegten Bohnen, die die erste, vom Junifrost geritzte Ausfaat ergeben sollten, ist jetzt tüchtig vorwärts gekommen und zeigt die ersten Früchtchen. Wenn das Glück hold war und die Bohnen erster Ausfaat gesund erhielt, erfreut sich schon längere Zeit an dem schmackhaften Gerichte der Bohnenbohnen. Ist schon im vorigen Monat auf eine sorgfältige und zu richtiger Zeit einsetzende Ernte hingewiesen worden, so sei es diesmal bezüglich der Schnittbohnen noch einmal getan. Es ist selten richtig erkannt, was gerade bei den Bohnen eine sorgfältige Ernte an guten Erträgen nach sich führt und was für Schäden durch unachtsames Pflücken der Schoten angerichtet werden kann. Nicht nur, daß bei unvorsichtigem Arbeiten ganze Fruchtbüschel abgerissen oder abgedrückt werden, nein, selbst ganze Pflanzen werden umgetreten oder getreten. Das Pflücken sollte nie anders vor sich gehen, als daß die linke Hand den Fruchtbüschel fängt, dicht oberhalb des Stieles der von der rechten Hand gefassten Schote, die dann mit kurzem Ruck abgezogen wird. Daß der Regenwetter, überhaupt im heißen Zustande, keine Bohnen gepflückt werden sollten, erwähne ich nur nebenbei. Gerade dann, wenn die Triebe der Bohnen durch die Feuchtigkeit schwer geworden sind, brechen sie so leicht ab.

So gute Folgen ein durchdringender Regen nach sich zieht, so bringt er doch auch weniger Gutes mit sich. Durch das Verschlämmen der obersten Erdschicht wird die Luftzufuhr zu den Wurzeln unterbunden. Also die Erde zur Hand genommen und alles wieder gelockert, was irgend zu lockern not tut. Im allgemeinen ist der Wert des Hackens noch viel zu wenig erkannt. Andernfalls würde es häufiger und auch mit größerer Sorgfalt ausgeführt werden. Es kommt hierbei viel weniger auf die Tiefe der Lockerung an, als vielmehr auf das Lockern der obersten Erdschicht überhaupt, besonders im mürblichen Sandboden. In letzterem ist das Hefe Hacken ganz und gar zu unterlassen. Nur das Brechen der obersten Erdschicht ist notwendig, damit einerseits die Luft ungehindert eindringen kann, zum andern, damit die oberste, lockere Erdschicht das Vertrocknen der unter ihr liegenden tieferen Erdschichten verhält.

Eine andere dauernde Beschäftigung ist die Vernichtung der Raupen, die sich ja auf allen Kohlsorten reichlich genug zeigen. Bisher ist zwar der Kohlweibling noch recht selten geblieben, aber nicht desto weniger muß der Kampf auch den wenigsten geistes, ehe größerer Schaden getan ist. Dies sobald als möglich, denn ein Doumentrad auf ein Häufchen Eier vernichtet besser und gründlicher Hunderte von kommenden Raupen, als das späterhin einmal überhaupt möglich wäre. Und dann bleibt die Pflanze noch unbeschädigt. Abgesehen vom Kohlweibling, sind auch die Entenraupen gefährlich genug, so daß ihre Vernichtung geboten ist. Eine einzelne solche Raupe vermag den schönsten Wirsingkopf zu vernichten. Beim Blumenkohl ist es ähnlich. Wo also im Kopf der Kohlsorten selbst fragliche oder Raupenart zu sehen ist, muß so lange gesucht werden, bis der Schädlings gefast ist. Ein vorzügliches Aufsitzen des Kohlschöpfes ist nötig. Den und wieder tritt eine kleine, weißliche Larve im Herbst auf: Mehltau nennt sie die Allgemeinheit. Es sind aber wirkliche Käuse, die durch das Saugen am Blatt dieses verunfallt, am weiteren Wachsen verhindern und durch eine rapide Vermehrung und Verbreitung die Kohlpflanzen vernichten können. Hier heißt es aufpassen und dem Ingeheuer sofort zu Leibe gehen, sobald es bemerkt wird. Ein Eimer Wasser, ein Herd, doch weicher Lappen und das Ungeziefer wird gründlich abgewaschen, so daß die Larve dabei zerdrückt werden. Mit der Brause wird darauf gründlich nachgepulvt. Im kleinen Laubengarten ist diese Bekämpfungsmethode die einfachste und wirksamste.

Immer gilt noch der Zwang der bestmöglichen Ausnutzung des Gartenlandes nach jeder Richtung hin. Im August wird verhältnismäßig viel Land frei, da viele frühe Gemüsearten abgeerntet werden. Dieses Land darf durchaus nicht brach liegen, sondern muß bestmöglichst neu bepflanzt werden. Mit gutem Erfolg wird noch Blätterkohl gepflanzt, gleichgültig ob grüne oder braune Sorten. Ebenso sind noch frühe Sorten von Kohlrabi zu pflanzen, die, wenn auch die Knollen nicht mehr allzu groß werden, im Herbst doch ein gutes Blattgemüse ergeben. Unter günstigen Verhältnissen kann aber auch die Anzucht noch bis zum Oktober eine gute Ausbildung erreichen. Und wo das Land in guter Dungkraft steht, bringen selbst Kohlrüben noch schöne Erträge. Die mäßige Größe der Knolle wird durch den feineren Geschmack wieder wett gemacht. Spinat ist fernerhin reichlich auszuäuen, da er jetzt, zum

Herbst hin, wieder eine gute Ausbildung zeigt. Es sind häufigere, kleinere Ausfaulen zu machen, nicht mehrere Wecke auf einmal, da das für einen kleinen Haushalt sehr unpraktisch ist. Vor dem zu diesen Säen hätte man sich, besonders beim Spinat. Aber auch die Speiserüben, die jetzt zur Ausfaat kommen, dürfen nicht zu dicht stehen, da sie sonst zu sehr ins Kraut gehen, was in den feuchten Herbsttagen leicht eintritt. Nur ein genügend weiler Stand bürgt für die gute Ausbildung der Rüben. Wo erfahrungsgemäß das Teletowere Rüben gut gedeiht, was hier in der Regel ja an vielen Orten der Fall ist, soll dieses ausgefüt werden. Ein mäßig feuchter, sandig-lehmiger Boden, der wohl nahrhaft genug ist, doch nicht frisch gedüngt sein darf, sagt diesem Rüben am besten zu. Da es völlig winterhart ist, hat es vor den anderen Speiserüben den großen Vorteil, daß es an Ort und Stelle stehen bleiben kann, bis es in der Küche verbraucht wird. Auch dann, wenn die Rüben nicht richtig austrocknen sollten, sind sie nicht wertlos. Man läßt dann das Beet ruhig über Winter stehen und schneidet im nächsten, zeitigen Frühjahr, bisweilen schon Mitte März, das jetzt frisch sich entwickelnde, harte, gelbgrüne Laub. Dieses läßt sich zu einem wohlschmeckenden Spinat verarbeiten.

Als letztes der jetzt noch zu pflanzenden Gemüse ist der Birzling zu erwähnen, der besonders in gutem Boden eine schnelle Entwicklung zeigt und bis zum Spätherbst hin noch recht brauchbar wird. Ja, selbst die rote Beete kann am Anfang des Monats noch gepflanzt werden. Wird die Beete auch nicht mehr bis zur normalen Größe erwachsen, so ist sie um so zarter und wohlschmeckender. Da sie vielseitig zu verwenden ist, sei es zu Salaten oder Gemüse oder zur Streckung von Fruchtmarmeladen, sollte sie recht regen angebaut und gepflegt werden. Nebenher und Senner säen noch Radishes, Netta, Kapuzensalat und, zur sogenannten zweijährigen Kultur, die Schwarzwurzel. Vieles wird aber die Frühjahrsausfaat vorgezogen. Gegen Ende des Monats kommt die neuerlich beliebt werdende allerfrüheste weiße Frühjahrsgewibel zur Ausfaat.

Von laudenden Arbeiten ist das Hacken die notwendigste. In trockenen Tagen muß genügend bewässert werden und wenn Nahe zur Verfügung steht, ist dies ausgiebig zu benutzen. Alle Kohlsorten, Gurken, Kürbis und Tomaten verlangen viel davon. Letztere müssen dauernd an den Pfahl gebunden werden. Man sehr auch darauf, die Rebenriebe zu entfernen und am Ende des Monats die Triebspitze herauszuschneiden. Was dann von Wintertrieben noch erscheint, kommt doch nicht mehr zur Fruchtentwicklung. Es ist also besser, daß alle Rebstöcke schon vorhandenen Früchten zugeute kommen.

Die Vererbung von Jause ist auch beim Obst von gutem Erfolg. Es wird darin so leicht nicht zu viel getan. Die Ernte des frühen Kernobstes ist im Gange. Auch hier ist Vorsicht beim Pflücken geboten. Frühe Sorten sollten mehrmals gepflückt werden, nicht auf einmal. Zuerst werden die am besten entwickelten Früchte abgepflückt. Nach weiteren 8-10 Tagen wird noch einmal in dieser Weise durchgepflückt und nach abwärts 8-10 Tagen folgt dann der Rest. Ein solches Vorgehen ist lohnlich, denn die Früchte sind eben niemals gleichmäßig in der Entwicklung. Es ist ganz erstaunlich zu sehen, wie schnell und vollkommen die weitere Ausbildung der am Baum verbliebenen Früchte vor sich geht, sobald die am weitesten ausgebildeten durchgepflückt sind. Ungesiebertermatung ist fortzuführen. Bei Obstweiblingen hat, es wäre sie jetzt auf das schlafende Auge.

Der August ist der Monat zur Anlage neuer Erdbeerbeete. Nicht zu trockener Boden, reichliche Düngung, Sonnenlage und gute Bearbeitung sind zu gutem Erfolge notwendig. Die Pflanzung geschehe nicht zu eng, da dann die weitere Entwicklung Not leidet. Eine allseitige Entfernung von 60 Zentimeter ist im allgemeinen die richtige. Nur bei schwachwachsenden Sorten, wie bei Deutsch-Ebern, genügen auch 40 Zentimeter. Nur beste Sorten sind anzupflanzen. So außer der genannten noch die bewährte Rote, dann Sieger, Jacunda und die Späte von Leopoldshall. Es gibt ja noch sehr viele andere Sorten, doch genügen die genannten. Höchstens seien noch die fröhe König Albert und die sogenannte Winterbeere Dunder von Müllen genannt.

Wo irgendwelche Wildpflanzen gepflegt werden, ist vor allen Dingen auf Sauberkeit zu achten. Rosenliebhaber ziehen sich ihre Büsche und Stämme selbst an und okulieren jetzt auf schlafende Augen. Im Laufe des Winters sind einige Wildlingsstämme aus dem Walde beschafft. Auch Edelreiser sind zur Zeit der Verehrung leicht zu erhalten.

Der Alkohol im menschlichen Körper.

Der im Blut kreisende Alkohol kann durch chemische Verfahren seiner Menge und Konzentration nach genau ermittelt werden. Diese Verfahren bestehen häufig darin, daß etwas Blut aus einer Armvene entnommen, der Alkohol dann aus der Dialkohol-

mischung durch Destillation gewonnen und völlig oxydiert wird; der Endpunkt dieser Reaktion wird durch eine Farbänderung der Lösung infolge des unumkehrbar möglichen Durchdringens eines beigegebenen Farbstoffes angezeigt und durch Umrechnung die Alkoholkonzentration in 1 Liter der ehemaligen Blutalkoholmischung ermittelt. Nimmt man die Durchschnittsmenge des menschlichen Blutes beim erwachsenen Mann zu 5 Liter an, so ist es danach möglich, die im ganzen Körper gleichzeitig kreisende Alkoholmenge zu berechnen.

Bei bewußtlos ins Krankenhaus eingeliefertem Patienten kann durch eine Blutuntersuchung genau festgestellt werden, ob ihre Bewußtlosigkeit etwa auf schwerer Betrunkenheit beruht oder nicht. Ueberhaupt ist bei Betrunkenen im Blute kein Alkohol nachzuweisen, oft in großer Konzentration. Bei der Aufstellung von Untersuchungen ist man in der Lage, die Angaben eines Mannes über seine Trinkgewohnheiten auf ihre Richtigkeit zu prüfen, indem man nach der Einführung einer bestimmten Alkoholmenge durch zwei- oder dreimalige Blutuntersuchung feststellt, ob man es mit einem gewöhnlichen Durchschnittstrinker oder einem Gewohnheitsläufer zu tun hat. In gleicher Weise ist es möglich, bei Patienten, denen Alkoholgenuss untersagt ist, nach einem Besuch oder einem Ausgange festzustellen, ob sie den Anordnungen Folge geleistet und die vorgeschriebene Diät durchgeführt haben. Auch kann festgestellt werden, ob jemand aus irgend einem Grunde den Betrunkenen nur spielt, denn der Rauschzustand geht dem Alkoholgehalt des Blutes parallel. Es ist sogar denkbar, daß auf diese Weise nachgewiesen werden kann, ob jemand einen Toischlag oder eine andere strafbare Handlung bei voller Besinnung oder im Zustand der Trunkenheit ausgeführt hat. In diesem Fall müßte alsbald nach der Tat eine Blutuntersuchung vorgenommen werden.

Die Zahl der Sternschnuppen.

Mit dem 10. August werden die Sternschnuppen, die Sendboten des Perseidensturms, wieder häufiger auftreten. Eine Vorstellung, wie groß ihre Zahl ist, erhält man aus einer Mitteilung von Prof. Wolf im Jahresberichte des Astrophysikalischen Observatoriums auf dem Königstuhl bei Heidelberg. Prof. Wolf hat alle seine in den Monaten August und September des vorigen Jahres aufgenommenen Platten mit großen Gesichtsbild auf zufällig mitphotographierte Sternschnuppen abhaken lassen. Auf den Platten, die zu anderen Zwecken, meist zur Aufzählung kleiner Planeten bestimmt waren, konnten sich nur die hellsten Sternschnuppen aufzeichnen, die während der Expositionszeit von durchschnittlich 7 1/2 Stunden durch den photographierten Teil des Himmelsgebödes lüchelten. Auf 369 Platten, die aus 13 Jahren stammten, fanden sich nur 19 Meteorplatten. Das scheint zunächst wenig zu sein, bedeutet in Wirklichkeit aber viel. Die photographierte Fläche bedeckt nämlich 10x10 Quadratgrade an der Himmelskugel, eine Fläche, die nur der 413. Teil des ganzen Himmelsgebödes ist, wenn auch 400 bis beruhende Vollmondskreise auf ihr Platz finden würden. Bei gleicher Verteilung hätten sich also an ganzen Himmel 8000 Sternschnuppen bis zur vierten Größe gezeigt, und da die Gesamtanzahl der Aufnahmen 625 1/2 Stunde war, lämen auf jede Stunde 13 Sternschnuppen bis vierter Größe am ganzen Himmel für den Durchschnitt der Monate August und September. Von dem ganzen Himmel überleuchtet nun ein Beobachter die Hälfte nicht, weil sie unter dem Horizont liegt, und von der sichtbaren Hälfte kann er ruhenden Auges nur etwa ein Viertel, also ein Achtel des ganzen Himmelsgebödes betrachten. Im Durchschnitt können also 1 1/2 Sternschnuppen über vierter Größe jede Stunde erwartet werden. Im Sternschnuppenreichen August, besonders am 10. herum, ist die Zahl jedoch viel größer.

Notizen.

- Der Bildhauer Hugo Cauer ist in Kreuznach gestorben. Er gehörte einer Familie an, die durch Generationen hindurch Künstler herbrachte. Hugo Cauer war sowohl von dem klassischen Ideal der stillen Größe — sein Vater war Schüler Rodens — wie von seines Lehrers Begans Streben nach Ausdruck und Bewegung beeinflusst. Seine stille, seine Eigenart tat sich am besten in Grabdenkmälern wie Porträtbüsten kund.
- Der „beste“ Tabakeria. Einen neuen Tabakeria will man in einer vom Landwirt wenig geschätzten Pflanze entdeckt haben, dem gemeinen Huslappig, der in Gegenden mit Lehmboden an Wegeböschungen mollenhaft verbreitet ist. Wie aus einer Untersuchung an die „Deutsche Landwirtschaftliche Presse“ herborgeht, soll der Huslappig nach sachgemäßer Zubereitung, wie sie bei den Tabakblättern vorgenommen wird, einen eigenartig aromatisch mundenen Rauchtstoff abgeben, der als der „beste und gesundheitlich vollkommen einwandfreie“ Tabakeria anzuweisen ist.

Lodz.

Das gelobte Land.

Roman von B. St. Raymond.

„Du fängst ja an wie Moritz zu sprechen.“
„Denkst du etwa besser?“
„Bloß anders; besser — schlechter, anständiger — unanständig, das ist Dialektik und nichts mehr.“
„Wie hat dir denn die legendäre Trawinski gefallen?“
„Einfach märchenhaft.“
„Du überkreibst wohl, wo hätte Trawinski so eine hergenommen!“
„Gar nichts übertreibe ich. Ich kann sogar noch zusetzen, daß sie schön und vornehm ist; und daß Trawinski sich so eine Frau leisten konnte, da darfst du nicht vergessen, Max, daß Trawinski ein schöner und sehr gebildeter Mann ist. Du darfst ihn nicht als Fabrikanten anschauen, dem nichts gelingt, bloß als Menschen. Als Mensch ist er eine außerordentliche Erscheinung. Durch alle Familienkultur verfeinert. Er erzählte mir einmal, sein Vater, ein sehr reicher Gutsbesitzer aus Wolhynien, habe ihn sozusagen zur Gründung der Fabrik gezwungen. Die große Industrie habe dem Alten den Kopf verdreht und er hielt es für nationale Pflicht, daß der Adel in den Bestrebungen zu ihrer Hebung mit beitrage. Er erhofft sogar die Wiedergeburt dieser Rasse durch die Industrie. Trawinski taugt aber dazu gerade so wie du zum Beispiel zum Tanzen. Aber er folgte dem Vater, na, und schmilzt allmählich in seiner Spinne die väterlichen Kapitalien ein, verspinnt ihm die Wälder und den Boden. Er sieht es selbst und läßt es sehr gut, daß dieses unser Lodzer „gelobte Land“ für ihn zum verfluchten Land wird, aber er kämpft trotzdem eigenmächtig gegen den Mißerfolg und gegen den Mangel an Geld. Er verstreift sich und will durchdringen.“
„Manchmal machen solche Leute mit ihrem Eigenstnn gute Geschäfte. Kennst sie seine Lage?“
„Ja glaube nicht, denn er gehört zu den Menschen, die sich lieber aufopfern und sterben, als es zulassen, daß irgendeine unangenehme Nachricht, irgendeine Sorge zu ihren Liebsten bringt.“
„Mit anderen Worten, er liebt seine Frau...“
„Da ist noch etwas Größeres als Liebe: Achtung und

gegenseitige Verehrung beinahe, das habe ich aus ihren Blicken genau herausgesehen.“

„Warum zeigt sie sich nirgends?“
„Weiß ich nicht. Du hast keinen Begriff, welche reizvolle Anmut sie im Gespräch entfaltet, in den Bewegungen, wie wunderbar weich sie ihren Kopf erhebt.“
„Du sprichst ja sehr warm von ihr.“
„Du lächelst ahnungsvoll dumm, aber das nützt dir nichts, ich bin in sie nicht verliebt, ich könnte sie auch gar nicht lieben. Sie gefällt mir bloß als Typ einer schönen Frau mit sehr vorgefügten Gesichtszügen, aber das ist nicht mein Typ, obwohl, mit ihr verglichen, alle unsere Lodzer Schönheiten sich wie gemeiner Perla neben reiner Seide ausnehmen.“
„Trage doch diesem Perla deine Farbe auf.“
„Laß doch diese Härberweise.“
„Gehst du schon? Dann können wir ja zusammen gehen.“
„Ja, aber ich muß noch etwas in der Stadt erledigen.“
„Das heißt also, ich soll dich nicht stören.“
„Gut gesagt. Kurowski läßt dich grüßen, er ist Sonnabend wieder hier und bittet uns zum Abendessen, wie gewöhnlich. Unterdessen fragt er brieflich an, ob der dicke Schwab, das bist du, nicht abgenommen hat, und der dünne Jud, das ist Moritz, nicht zugenommen hat.“
„Er macht immer Witze. Hat ihm Buchholz seine Chemikalien abgenommen?“
„Wir verwenden sie schon seit einem Monat.“
„Dann wird er ja schon auf die Beine kommen; gehört hab' ich, daß auch Kehler und Endelmann mit ihm einen Vertrag abgeschlossen haben.“
„Ja, er schrieb es mir, er ist schon auf dem besten Wege zum Vermögen, er macht es schon sogar.“
„Laß es ihn machen, wir werden's auch machen.“
„Glaubst du dran, Max?“
„Wozu soll ich dran glauben, ich weiß, daß wir es machen werden, machen kann man's doch, was?“
„D ja, du hast recht, und wir machen's auch. Hör mal, wenn du Horn zu Hause antriffst — er sollte zu mir kommen —, sag' ihm bitte, er möge unbedingt warten, ich wäre in spätestens zwei Stunden zurück.“
Sie besprachen noch das Telegramm von Moritz, dann verabschiedete sich Karl von allen. Er ging zusammen mit Josef fort, der sich gleich vor dem Hause von ihm verabschiedete und in der dunklen Gasse verschwand.

X.

Joseph ging seine Eltern besuchen. Er wohnte nämlich ständig bei Baums.
Jaskulskis wohnten weit ab, hinter der alten Kirche, in einer namenlosen Gasse, die rückwärts bis zu dem kleinen Lokalhüchlein reichte, das als Stein für alle Abwässer der Fabriken diente.
Die Gasse sah aus wie ein Rehrichtshausen, voll von Abfällen einer Großstadt.
Joseph wand sich schnell hindurch und trat in ein ungekündetes Haus, das mit allen Fenstern vom Soufferrain bis zum Dachboden wie eine Laterne leuchtete und von dem Menschenschwarm braute, der sich hier eingeknistet hatte.
In dem dunklen, mit furchtbaren Gerüchen und hereingetragenem Schmutz angefüllten Flur tastete er sich bis zu dem dreieckigen, flebrigen Geländer und lief schnell die Treppe zum Soufferrain herab; ein langer Korridor ohne Türen, mit Rehricht und Handgerät angefüllt, voll von Dreck, Stimmengewir und Gestank wurde von einer kleinen, qualmenden, an der Decke angebrachten Petroleumleuchte beleuchtet.
Er wand sich durch die hier herumstehenden Hindernisse durch und gelangte ans Ende des Korridors.
Eine warme, mit Häulnis und mit der in röllischen Streifen an den weißen Mauern herabfließenden Feuchtigkeit gesättigte Kälterluft stürzte ihm entgegen.
Lärmend lief ein Haufen Kinder heraus, um ihn zu begrüßen.
„Ich dachte, du kommst heute nicht mehr! flüsternte eine große, magere, gebückte Frau mit einem grünlichen, ausgefallenen Gesicht und großen, schwarzen Augen.“
„Ich habe mich etwas verspätet, Mutchen, Herr Borowicki war bei uns, der Direktor von Buchholz, und ich traute mich deshalb nicht, früher rauszugehen. War Vater noch nicht da?“
„Nein,“ erwiderte sie dumpf und ging zum Lamin, der mit einem an Drähten hängenden Stück Stoff von der Kammer getrennt war, und Tee einzufischen.
Joseph folgte ihr hinter den Vorhang und legte die mitgebrachten Geschenke auf den Tisch.
„Rein Hochengeld hab' ich heut vom Alten verlangt, vielleicht kannst du es aufheben, Mutter.“
Er legte vier Rubel und einige Kopelen hin; fünf Rubel bekam er wöchentlich.

(Fortf. folgt.)

Belleidskundgebungen zur Ermordung Eichhorns.

Der Hetman an das ukrainische Volk.

Kiew, 31. Juli. Der Hetman der Ukraine hat aus Anlaß des Todes des Generalfeldmarschalls von Eichhorn nachstehende Botschaft an das ukrainische Volk gerichtet:

„Durch diese Botschaft teile ich dem ukrainischen Volk mit: Heute am 30. Juli 1916 um 10 Uhr abends verschied der Oberbefehlshaber der deutschen Seereschiffe in der Ukraine Generalfeldmarschall von Eichhorn, ermordet durch die verbrecherische Hand der erbitterten Feinde der Ukraine und ihrer Verbündeten. Dem, der den entschlossenen Feldmarschall nicht konnte, ist es schwer zu ermessen, welcher großer und bitterer Verlust das für die Ukraine ist. Generalfeldmarschall von Eichhorn war ein aufrichtiger und überzeugter Anhänger und Freund des ukrainischen Volkes; sein Ziel war das Schaffen eines selbständigen ukrainischen Staates. Erkennend die unerschöpflichen schöpferischen Kräfte in unserem Volke, freute er sich der ruhmreichen Zukunft, die die Ukraine zu erwarten hat, und unterstützte mit allen Kräften die Idee eines ukrainischen Staates, selbst denen gegenüber, die an sie nicht recht glauben wollten.

Frieden werde Dir, Du großer und herrlicher Krieger!

Wie Dein Name als Held nicht sterben wird in den Herzen des deutschen Volkes, so wird auch Deine Überzeugungsstärke Arbeit zum Wohle der Ukraine eine tiefe Spur hinterlassen in unseren Herzen und nie verliert werden in den Wäldern ukrainischer Geschichte.

Der einzige Zwist in schwerem Leid, das über uns herein gebrochen ist, ist der, daß diese schmachtvolle Misfata nicht von einem Sohne der Ukraine, sondern von einem Fremden, der Ukraine und ihren Bundesgenossen feindlich gesinnt, vollbracht worden ist. „Hetman der Ukraine, Tomislaw Horopobski.“

Der Hetman hat ferner in seinem Namen und im Namen der ukrainischen Regierung und des ukrainischen Volkes ein in den warmsten Ausdrücken gehaltenes Belleidsstelegramm an den Deutschen Kaiser gerichtet, auf das dieser herzlich dankend geantwortet hat.

Der deutsche Botschafter empfing eine Abordnung des Zentralausschusses der sozialdemokratischen Partei, die Freiherren von Rumm ihren Abscheu und ihre Entrüstung über das gegen den Feldmarschall verübte Verbrechen ausdrückte. Die gleichen Gefühle gab eine Abordnung der Ukraine, des Vereins der Grundbesitzer, dem Botschafter gegenüber Ausdruck. Auch Ratomski, der Vorsitzende der russischen Friedensdelegation, sprach im Namen der Bolschewiki sein Beileid aus. Zahlreiche Mitglieder aller Parteien, darunter auch der linksstehenden, gaben zum Zeichen ihrer Teilnahme ihre Karten bei der deutschen Ukraine-Delegation ab.

Die Bolschewiki gegen den Terror.

Ein Vertreter der „Koskischen Zeitung“ hatte eine Unterredung mit Herrn Hoffe, dem russischen Botschafter in Berlin. Der Botschafter erklärte dabei:

„Wir haben den individuellen Terror stets verurteilt und auch in den Revolutionspartei diesen unseren Standpunkt mit großer Folgerichtigkeit vertreten. Abgesehen also von rein menschlichem Mitleid, über welches kein Wort zu verlieren ist, müssen wir vom rein politischen Gesichtswinkel aus diese Methode des Terrors auf das entschiedenste verurteilen. Wir haben selbstverständlich keinerlei Befugnis, uns irgendwie in die inneren ukrainischen Angelegenheiten zu mischen. Aber menschlich wie politisch verurteilen wir auf das schärfste ein Verfahren, dem Graf Firbach in Moskau und Feldmarschall v. Eichhorn in Kiew zum Opfer gefallen sind. Die Sowjetregierung ist mit allem Eifer und mit höchstem Nachdruck bestrebt, die Schuldigen des Verbrechens von Moskau zu ermitteln und zur Verantwortung zu ziehen. Unsere letzten Nachrichten geben dahin, daß die beiden Attentäter von Moskau zuletzt bei Koursk, an der ukrainischen Grenze, gesehen worden sind. Dort verlor sich ihre Spuren. Wir haben uns daher an die deutsche Regierung gewandt, damit sie uns behilflich sei, die Verbrecher von Moskau auf ukrainischem Boden zu verhaften und der Sowjetregierung zur Bestrafung zu überantworten.“

Die Linkssozialrevolutionäre für terroristische Taktik.

Moskau, 1. August. Ueber die Spaltung unter den linken Sozialrevolutionären berichtet „Proswba“ vom 29. Juli: Auf der Konferenz am 25. Juli kam es zu heftigen hitzigen Debatten, als deren Ergebnis zwei Resolutionen eingebracht wurden. Die eine brachte Digenko ein, welche ganz und voll die Taktik des Zentralausschusses der Partei, insbesondere auch die Frage des Ermordens des Grafen Firbach billigt, und den Kommunisten den offenen Krieg in den Häuten erklärt; den Parteimitgliedern wird empfohlen, in alle Institutionen einzudringen, um dort ihre Taktik durchzuführen. In der Frage der terroristischen Taktik steht die Resolution auch auf dem früheren Standpunkt.

Die zweite Resolution wird von Kalgajew eingebracht, welche auch auf dem Standpunkt des Zentralausschusses der Partei steht mit dem Unterschied, daß terroristische Akte in Zukunft für die Partei als Ganzes unzulässig erklärt werden.

Mit unbedeutender Mehrheit nimmt die Konferenz die Resolution Digenkos an.

Erklärung der Sozialrevolutionäre.

Kiew, 30. Juli. Nach einer Meldung von „Kiewskaja Wost“ hat das Zentralkomitee der ukrainischen sozialrevolutionären Partei in bezug auf die Parteigeheißigkeit der im Dohynprozess Verurteilten erklärt, daß am 3. Juni alle Organisationen der sozialrevolutionären Parteien aufgelöst wurden und daß keiner der Verantwortlichen zu irgendeiner der später neu geschaffenen Organisationen ukrainischer sozialrevolutionärer Partei gehört habe. Dabei übernehme das Zentralkomitee keinerlei Verantwortung für nach dem 3. Juni erfolgte Handlungen genannter Personen und insbesondere nicht für ihr Verhalten vor Gericht.

Im Eisenbahnnetz sind keine wesentlichen Veränderungen eingetreten. Aus Jekaterinoblad wird gemeldet, daß man dort zu energischen Maßnahmen gegen die Streikenden greift.

Deutsch-französischer Gefangenenaustausch.

Zu der letzten Zeit sind Gerüchte aufgetaucht, wonach sich beim deutsch-französischen Gefangenenaustausch große Schwierigkeiten ergeben werden. Offiziell wird darauf hingewiesen, daß allerdings vor einiger Zeit gewisse Hemmnisse eingetreten sind. Diese Hemmnisse wurden aber beseitigt und gegenwärtig funktioniert der Gefangenenaustausch zur allgemeinen Zufriedenheit. Die Zivilinternierten sind bereits nahezu reiflos ausgetauscht, bei den Kriegsgefangenen wird aber ihrer großen Zahl wegen sich die Heimkehr noch etwas verzögern.

Die Kämpfe in Rußland. Ganz Mittelsibirien in Sowjethänden.

Moskau, 29. Juli. (P. T. A.) Amtlich. In Anbetracht der im Ausland verbreiteten falschen Gerüchte ist die Petersburger Telegraphen-Agentur beauftragt, zu erklären, daß ganz Mittelsibirien, darunter auch die Städte Tomsk, Barnaul, Semipalajinsk, Krasnojarsk, Irkutsk und Dschita, unterstellt von der Sowjet-Regierung, sich in den Händen der Sowjet-Truppen befinden und von dem in Irkutsk stationierten Gebiets-Sowjet, welcher der Zentral-Sowjet-Regierung unterstellt ist, verwaltet werden.

Daß die Bolschewiki in dem verlorenen äußersten Osten Sibiriens gleichwohl als politischer Faktor noch nicht beseitigt sind, geht aus folgender Amsterdamer Drahtung noch gestern hervor: Reuter meldet aus Wladimirof: Die Bolschewiki errangen bei den Gemeinderatswahlen die Oberhand. Dies gibt ihnen das Recht, den Bürgermeister zu ernennen.

Stettin, 1. August. (L. U.) Die im Laufe der vergangenen Woche in Wladimirof gelandeten japanischen Abteilungen haben die wichtigsten Stabteile, die bisher von dem Tschoko-Element gehalten wurden, militärisch besetzt. Die Eisenbahnstation und der Hafen befindet sich unter japanischem Schutz.

Moskau, 29. Juli. Die hiesige Presse meldet: Im Kurmanabschnitt in der Nähe der Unkaja-Bucht wurden englische Spione verhaftet.

In Richtung Inja (150 Kilometer südwestlich Sibirsk) setzen die Tschuchen den Vormarsch fort. Die Tschuchen zerstörten einen Teil der Bahn Sibirsk-Inja.

30 Teilnehmer am Jaroslauer Zustand wurden erschossen; es waren meist Offiziere und Weisgardisten, sie beiten Fühlung mit den Tschuchen.

Moskau, 31. Juli. Die Abteilung für Presse hat das Erscheinen aller nicht bolschewistischen Zeitungen, bis die Sowjet-Regierung nicht abhört gestattet ist, verboten. Staman Detow ist mit Stab in Samara eingetroffen. Datsow sprach sich für Wiederherstellung der Monarchie und Disziplin aus. Die „Stimme des arbeitenden Bauern“ bezeichnet den literarischen Roman als Schuldigen am Weltkrieg und als einen der größten Verbrecher der Weltgeschichte.

Das bewaffnete Volk (Beilage zur offiziellen „Roten Armee“) wendet sich in zwei scharfen Artikeln gegen die heimtückische Handlungsweise Englands und der englischen Imperialisten auf Rußland; dagegen müsse der Vormarsch deutscher Truppen nach Anbruch der Winter Verhandlungen als „christlich“ bezeichnet werden.

Moskau, 30. Juli. Die Presse meldet: Im Abschnitt Westural ist der Feind im Bormarsch von den Stationen Kusina und Grobowa auf Station Dikina. Im Abschnitt Zekaterinoburg, Tscheljabinsk wurden Angriffsbereitschaft des Feindes auf die Luftkante der Position Kosabradski abgewehrt. Im Abschnitt Schadrinsk zogen sich die Käldegruppen auf die Kischimie Iset zurück. Der Feind greift südlich auf Station Sinaraja und östlich auf Siedlung Tramonjoko, westlich Dolmatow, an. Im Abschnitt Baku verloren die Käldegruppen das Dorf Maraja. Zur den Kampf gegen die imperialistische Entente-Invasion wird die

Bildung von Frankfurterabteilungen

vorgeschlagen, die im Rücken des Feindes aufzutrumpfen und Verstärkungen vornehmen sollen. In die Abteilungen sollen grundsätzlich nur Freiwillige, die politische Zuverlässigkeit besitzen, aufgenommen werden. Die Einnahme von Wäffeln durch die Tschuchen wird demontiert. Der Befehl der vorläufigen Sibirischen Regierung über Auffassung aller Arbeiter, Bauern und Kaufleute ist von folgenden Ministern unterzeichnet: Ministerpräsident und Außenminister: Wologodski; Innerer: Arulowski; Finanzen: Michailow; Justiz: Patschinski; Geschäftsführer des Ministerrats: Ginst.

Baku, 29. Juli. (P. T. A.) Der Führer der armenischen Bauernmassen, welcher die nationale armenische Armee im Gouvernement Erivan befehligte, Andronik, hat sich der Sowjet-Regierung angeschlossen.

Der Abreise von Ägypten, der von den Engländern abgelehnt, den die Türkei als den rechtmäßigen erachtet, wurde vom Kaiser im Großen Hauptquartier empfangen.

Im Bruch gegen die polnischen Legionäre, der in Marinos Sziget verhandelt wird, ist die Vernehmung sämtlicher Angeklagten beendet. Die Hauptverhandlung wurde bis zum 3. August vertagt.

Die Jungfinnen für Monarchie. Kopenhagen, 31. Juli. Nachrichten aus Finnland besagen, daß die jungfinnische Partei nunmehr ihren Widerstand gegen die Einführung der monarchischen Staatsform aufgegeben habe.

Zooskraz Schweizer Reise. Haag, 31. Juli. Aus bester Quelle wird dem Korrespondenten der „Transf. Sig.“ die Nachricht als eine Erfindung bezeichnet, daß Zooskraz in Bebel weise, um sich dort mit deutschen und österreichischen Sozialisten über die Friedensfrage zu besprechen und daß eine an die französischen Sozialisten gerichtete Einladung abgelehnt beschieden worden sei. Die glaubhaft berichtet wird, befindet sich Zooskraz lebhaftig zur Erholung in der Schweiz.

Amerikanische Anleihen für China. Aus Washington wird berichtet: Das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten hat die Genehmigung erteilt, daß amerikanische Bankiers China 50 Millionen Dollar als Anleihe gewähren. Unterhandlungen betr. Mitwirkung englischer, japanischer und französischer Bankiers sind noch in der Schwebe.

Ministerpräsident v. Dandl über Englands Kriegsziele. Wilsons Völkerbund.

In der bayerischen Abgeordnetenversammlung hielt am letzten Mittwoch Ministerpräsident v. Dandl eine Rede, in der er ausführte:

Unsere Friedensangebote wurden von unseren Gegnern mit Spott und Spott zurückgewiesen und als Zeichen der Schwäche ausgelegt. Frankreich will und deutschen Boden entreißen, und das Hauptziel des Engländer ist und bleibt die endgültige Erledigung des von ihm als äußerst gefährlich und unbedeutend empfundenen politischen und Handelskonfliktes. Das Kriegsziel Englands ist, planmäßig ganz Europa zu unterwerfen. Alle Stützpunkte, die England im Laufe des Krieges besetzt hat, sind keineswegs Nebenkriegsziele im politischen Sinne, sondern Hauptkriegsziele des raubgierigen England. Ich bin gewiß kein Annexionist. Ich bin der letzte, der einem Gewaltfrieden in irgendwelcher Form das Wort reden würde. Aber sein Verlangen, daß wir von vornherein und parochiallos

alles preisgeben sollen, ohne irgendwelchen Schutz gegen die weltpolitischen und Europa bedrohenden englischen Eroberungsgehrte, das wäre politischer Selbstmord. Es kann nicht deutlich genug auf diese englischen Kriegsziele hingewiesen, es kann nicht oft und laut genug betont werden, daß England nicht um Selbstbehauptung willen, sondern für eigene Interessen, um die politische und

wirtschaftliche Anechtung Europas

kämpft. Dessen sollte sich auch Frankreich mit einem Seitenblick auf Galizien endlich einmal bewußt werden. Das mögen sich aber auch alle jene vor Augen halten, die in Verzweiflung oder Nihilismus die Bedeutung dieses gewaltigen Weltkriegs verkennen, die über Vindicten des Augenblicks und vorübergehenden Schwankungen, wie sie der Krieg nun einmal mit sich bringt, vergessen, daß der Ausgang des Krieges maßgebend ist für die ganze Zukunft des deutschen Volkes, für seine gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse.

Der Ministerpräsident kam jedoch auf den von Wilson wiederholt so hochwürdig bezeichneten Gedanken des

Völkerbundes

zu sprechen, den England sich als einen Bund zur Wiederhaltung Deutschlands auslegt, darauf bedacht, dem deutschen Volke seine politische und wirtschaftliche Selbständigkeit zu rauben. Wenn Wilson mit seinem Völkerbund das Ziel verfolgt, daß durch ihn unter den Mächten eine Weltgleichgewichtsfrage auf Grund der Prinzipien des Rechtes, der Vernunft und der Billigkeit geschaffen wird, dann werden wir uns ja mit ihm verständigen können. Wir wollen nichts anderes als die Herstellung und Sicherung des Gleichgewichts der Mächte, Freiheit für die wirtschaftliche Entwicklung jedes Landes, Freiheit für den Handel und Freiheit für den Verkehr auf dem freien Meer. Ein Völkerbund auf dieser Grundlage wäre die schönste Krönung des Friedenswerkes. Mag Wilson seine Bundesgenossen zu dieser Auffassung bewegen, dann wird ihm die Verständigung mit uns nicht schwer fallen. Solange aber unsere Hände im Westen und deutschen Boden entreißen, unsere wirtschaftliche Selbständigkeit vernichten und unsere Freiheit zerstören, das Deutsche Reich vernichten wollen, solange können wir nicht vom Kampfplatz zurücktreten, nicht nachlassen in dem Kampf, der dem Ziele gilt, dem Feind die Erkenntnis beizubringen, daß er sich zu einer Verständigung mit uns herbeilassen muß.

Man wird dem, was Herr v. Dandl über den Völkerbund sagt, vorbehaltlos, dem übrigen, wenn nicht dem Ton, so doch dem Sinne noch zustimmen dürfen. Sehr treffend ist die Bemerkung, daß die sogenannten Nebenkriegsziele weltpolitische Hauptkriegsziele Englands sind: Palästina, Mesopotamien, die deutschen Kolonien. Die Engländer sind nur klug genug, möglichst wenig darüber zu schwärmen, während unsere Mitbewerber täglich ausbrüllen, was Deutschland nach ihrer Meinung haben und behalten muß. Sie haben es damit glücklicherweise gebracht, daß Deutschland für den Spitzbuben gehalten wird, der auf Raub ausgeht, während England trotz der ehrlichen Mann gelten kann, der für die Freiheit der Welt kämpft.

Die Höchstpreise - die Quelle des Übels. Colwer der Ueberquerer.

Richard Colwer vergibt sich wieder einmal mit einem Sturm auf gegen die Zwangsmaßnahmen, anknüpfend an einen Satz des „Vorwärts“: „Eine Verbesserung unserer Kohlenversorgung kann durch eine Preissenkung, die mit den höchsten Mitteln des Zwangs arbeitet, durchaus nicht erzielt werden, vielmehr wird hierdurch die Arbeitslast der Kohlenarbeiter außerordentlich herabgedrückt.“ Was in dem „Vorwärts“ von den Kohlengräbern gesagt sei, gelte aber ebenso gut für die Landwirte. Aber leider hätten die Vertreter der Landwirtschaft nicht die Wahrung ihrer Interessen verstanden. Denn zur Einführung der Höchstpreise haben die Vertreter der Landwirtschaft nicht nur ihre Zustimmung gegeben, sondern sie haben sogar die Höchstpreise gewissermaßen auf dem Präsentierteller angeboten.

Mit Verlaute: Was von den Kohlengräbern gesagt wird, gilt durchaus nicht für die Landwirte. Der Satz ist von Colwer in bewußter Absicht aus dem Zusammenhang herausgerissen worden, um darauf eine in ihrer Anfechtbarkeit unumwundene Argumentation aufzubauen. In jenem Artikel des „Vorwärts“ sagt Gen. Que aus dem „Vorwärts“: „Die Kohlenpreise sind für den Arbeiter vor dem Kriege als Parias behandelt. Jeder Ruhrbergarbeiter mußte sich auf eine Auspeerrung von vierzehn Tagen gefaßt machen, wenn er den Arbeitseinsatz erbeuten und erhalten hat, um auf einer anderen Zeche anzukommen.“ Diese Arbeiter werden durch Herrn Colwer zum Feiern gezwungen.“ Die auf Grund des Hilfsdienstgesetzes errichteten Schiedsgerichte werden von den Bergverwaltungen sabotiert, die Eingaben der Bergbauindustriellen ignoriert. In diesem Zusammenhang gestellt, fällt natürlich die ganze windige Argumentation des Herrn Colwer zusammen. Kein Mensch sperrt die Landwirte aus, kein Mensch ignoriert die Eingaben ihrer Berufsvertretungen. Kein Mensch läßt sie sitzen, daß sie Bürger zweiten Ranges sind, geboren, um unter dem Zwange des Kapitals zu arbeiten.

Die Zwangswirtschaft gefährdet nicht, wie Richard Colwer in lächerlicher Weise behauptet, die Volksernährung, sondern ist die einzige Möglichkeit für die Ueberwindung der feindlichen Blockade. Die Zustände in Polen, ja auch die Zustände im eigenen Lande vor Einführung der Höchstpreise und schließlich die Verhältnisse in Oesterreich-Ungarn beweisen klarlich, daß beim freien Handel Kriegsgewinner wohl schwebeln und prassen können, die große Mehrheit der Bevölkerung aber in Not und Elend verkommt.

Falsche U-Boot-Prophetie.

„Längstens in sechs Monaten.“

In einem Artikel, den er in der Zeitschrift „Das größere Deutschland“ veröffentlicht, teilt der Reichstagsabgeordnete von Camp mit, daß am 12. Februar 1916 dem Reichsfanzler eine Denkschrift von dem Chef des Admiralkollegs v. Holtendorff überreicht worden ist, in der es ausdrücklich heißt:

„Der neue U-Boot-Krieg verläuft über detartige Streitkräfte, daß es auch unter Verzichtnahme der verneinten Abwehrmittel des Gegners und der sonstigen technischen Hilfsmittel in der Lage ist, ihm im Vergleich zum vorjährigen weitaus gesteigerte Leistungen zu sichern, und daß in sicherer Aussicht stünde, daß England dadurch in eine unersichtliche Verengung des Aktionsraums käme und in absehbarer Zeit, längstens in sechs Monaten, zum Friedensschluß gezwungen sein würde.“

Es ist schade, daß der so gut unterrichtete Herr von Camp nicht den ganzen Schriftwechsel über diesen Gegenstand veröffentlicht. Man würde daraus ersehen, welchen höchst vernünftigen Standpunkt die Zivilregierung damals — Februar 1916 — in dieser Sache eingenommen hat.

Gewerkschaftsbewegung

Freigabe des Sonnabendnachmittags in der sächsischen Industrie.

Die Arbeitnehmer in der sächsischen Industrie bemühen sich seit einiger Zeit für Verkürzung der Arbeitszeit. Diese Bewegung hat hauptsächlich solche Betriebe erfaßt, die vorwiegend auf weibliche Arbeitskräfte angewiesen sind, also vorzüglich die Textilindustrie. Die arbeitenden Frauen und Mädchen machen dabei geltend, daß sie infolge der Kriegsverhältnisse ihren Haushalt schlecht oder gar nicht betreiben könnten, wenn ihnen nicht der Sonnabendnachmittag freigegeben wird. In der Tat haben denn auch eine Anzahl Betriebe, die weniger stark beschäftigt sind, dieser Forderung der Arbeiter bereits stattgegeben. Im allgemeinen aber verhalten sich die stark beschäftigten sächsischen Industriebetriebe gegen die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit ablehnend. Sie vermieten dabei auf die besonderen sächsischen Verhältnisse, die bereits während des Krieges eine solche Arbeitszeitverkürzung mit sich gebracht haben. Es wird seitens der Unternehmer darauf hingewiesen, daß Betriebe, die vor dem Kriege durchschnittlich 58—60 Stunden wöchentlich arbeiten ließen, heute durchschnittlich nur noch 52—54 wöchentliche Arbeitsstunden aufweisen, so daß hier in Sachsen bereits erfüllt sei, was in der rheinisch-westfälischen Industrie noch erst angestrebt werden sollte.

Daß die durchschnittliche Arbeitszeit in den sächsischen Betrieben nur noch 52—54 Stunden wöchentlich beträgt, kann zunächst sehr bezeugt werden. Aber selbst wenn diese Behauptung der Unternehmer zuträfe, so spräche dieselbe keineswegs gegen die berechtigten Forderungen der Arbeiterinnen auf Herabsetzung der Arbeitszeit und Freigabe des Sonnabendnachmittags. Sie brauchen diesen Nachmittag zu bringen zur Erledigung ihrer im Laufe der Woche liegengebliebenen häuslichen Arbeiten, das jedes Wort der weiteren Begründung dieser Forderung überflüssig erscheint.

Teuerungszulagen für die Eisenbahner.

Der preussische Eisenbahnminister hat verfügt, daß an die Eisenbahnbeamten eine in der zweiten Hälfte des Augusts zu zahlende außerordentliche Teuerungszulage in Höhe des feststehenden Betrages der monatlichen Teuerungszulage, im Höchstfall 500 M., zu zahlen sei. Auch den Eisenbahnarbeitern soll eine außerordentliche Teuerungszulage gewährt werden.

Probeweise Verkürzung der Arbeitszeit.

In den meisten Betrieben des Duisburger Industriebezirks hatten die Arbeiter die Einführung des Rüstungstags beantragt, auf die Ablehnung der Verwaltungen ihre Forderung aber auf eine Wochenarbeitszeit von 56 anstatt 60 Stunden ermäßigt. Die Verkürzung sollte Sonnabends eintreten, so daß der Nachmittag dieses Tages frei würde. Die Verkürzung wurde jedoch ebenfalls von den Verwaltungen abgelehnt. Die Arbeiter wandten sich hierauf an den Schlichtungsausschuß, der nunmehr nach langen Beratungen bei zwei Firmen seinen Spruch wie folgt gefällt hat: „Der Herrmann Hedmann (Kupferwalzwerk) wird aufgegeben, am 3. August d. J. die verkürzte Arbeitszeit probeweise auf sechs Wochen einzuführen. Sämtliche erwachsene Arbeiter erhalten 12 Pf. für die Stunde, die weiblichen Arbeiter und jugendlichen männlichen Arbeiter unter 18 Jahren 6 Pf. für die Stunde Lohnzulage als Ausgleich für den durch die Herabsetzung der Arbeitszeit bedingten Lohnausfall. Sollten sich in dieser Zeit die an die verkürzte Arbeitszeit gemachten Erwartungen nicht erfüllen, so ist beiden Teilen freigegeben, den Schlichtungsanspruch erneut anzurufen.“ Bei der Deutschen Maschinenfabrik tritt ebenfalls am 3. August die gleiche Verkürzung der Arbeitszeit in Kraft, und zwar auf vier Wochen. Eine entsprechende Erhöhung der Löhne tritt auch hier, mit Ausnahme der Affordarbeiter, ein. Bei Nichtbewährung soll zu weiterer Entscheidung auch hier der Schlichtungsausschuß angerufen werden können.

Lohn- und Arbeitsbedingungen der Autogenschweißer.

In zwei Versammlungen beschäftigten sich die Autogenschweißer mit ihren gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen. Es wurde ausgeführt, daß die Löhne sehr vertrieben und in vielen Fällen nicht zeitgemäß sind. Auch die Arbeitszeit wird oft durch Ueberstunden ungebührlich ausgedehnt, eine Regelung ist durchaus notwendig. Die letzte Versammlung, die am Mittwoch stattfand, machte den Schweißern und Schweißerinnen zur Pflicht, in den Betrieben für die fristige Durchföhrung der folgenden Lohn- und Arbeitsbedingungen einzutreten:

Die tägliche Arbeitszeit beträgt 9 Stunden. Bei Doppelschichten darf die Dauer der Schicht 8 Stunden nicht übersteigen. Die wöchentliche Arbeitszeit soll nicht länger als 51 Stunden sein. Ueberstunden sollen nur in dringenden Notfällen gemacht und dann soll für die beiden ersten Ueberstunden ein Aufschlag von 25 Proz., für die weiteren Ueberstunden sowie für Sonntagsarbeit ein Aufschlag von 50 Proz. gezahlt werden. Als Mindestlohn soll 1,60 M. für Schweißer, 1,20 M. für Schweißerinnen gezahlt und ein Affordverdienst von 2,40 M. für Schweißer, 1,70 M. für Schweißerinnen erzielt werden. Werkzeuge und Schupbrillen haben die Arbeitgeber zu liefern.

Die Schweißer und Schweißerinnen werden verpflichtet, nur den Arbeitsnachweis des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Anspruch zu nehmen.

Erfolgreiche Lohnbewegung der Textilarbeiter in Meissen.

Die Arbeiterschaft der Deutschen Zuleinverlei und Weberei in Meissen war im Juni in eine Lohnbewegung eingetreten. Durch Verhandlungen der Direktion mit den Vertretern der Organisationen wurde folgendes Ergebnis erzielt:

Die bisherige Teuerungszulage wird erhöht für die Stunde Arbeitszeit: a) für jugendliche Arbeiter bis 16 Jahre um 5 Pf., b) für männliche Arbeiter von 16 bis 18 Jahren um 8 Pf., c) für weibliche Arbeiter über 16 Jahre um 8 Pf., d) für männliche Arbeiter über 18 Jahre um 10 Pf.

Den Frauen, welche Männerarbeit verrichten, wird für die Dauer dieser Arbeitsleistung ein Lohnzuschlag von 5 bis 10 Prozent, je nach der Schwere der geleisteten Arbeit, gewährt.

Für Ueberstunden wird ein Zuschlag von 50 Prozent gewährt. Nach dieser Vereinbarung beträgt der Wochenverdienst für jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren 2,80 M., für junge Männer von 16 bis 18 Jahren und Frauen 4,50 M. und für Männer über 18 Jahre 5,00 M. pro Woche. Der Erfolg ist nur dem Zusammenschluß und dem geeinten Vorgehen aller Arbeiter zu danken.

Die wirtschaftliche Angestelltenbewegung.

Der Verein der Kruppischen Beamten, Essen, ersucht uns mit Bezug auf die Schlußbemerkung des in der Sonntagsnummer vom 28. Juli unter obiger Ueberschrift gebrachten Artikels um Aufnahme folgender Verlautbarung:

„Die im „Vorwärts“ Nr. 205 vom 28. Juli 1918 stehende Angabe, der Verein der Kruppischen Beamten habe sich in längeren Schreiben an die Unternehmer gewandt mit der Aufforderung, nach rheinisch-westfälischem Muster Kleinstämmer überall gelbe Beamtenvereine zu gründen, entspricht nicht den Tatsachen. Eine Aufforderung an die Unternehmer zur Gründung von wirtschaftsfriedlichen Beamtenvereinen ist in keinem Fall erfolgt.“

Verein der Kruppischen Beamten.
E. Korn, (Unserlich)
2. Vorsitzender. Geschäftsführer.

Die „Riesenverdienste“ der Rüstungsarbeiter.

Eine wertvolle Erhebung über die Höhe der Verdienste einer sehr großen Zahl Arbeiter der Rüstungsindustrie wird schon vom Deutschen Metallarbeiterverband veröffentlicht. Schon daß an dieser Verdienstatistik 509 945 Arbeiter und 250 061 Arbeiterinnen beteiligt sind, gibt dieser Veröffentlichung besonderes Gewicht. Die Höhe der Verdienste der beteiligten Rüstungsarbeiter ist in zwölf Gruppen, getrennt für Männer und Frauen und in Stunden- und Wochenverdienst, zusammengestellt. Die erzielten Verdienste sind in der Hauptsache Affordverdienste. Entnommen sind die veröffentlichten Zahlen den Schlußberichten über die vom Metallarbeiterverband im Jahre 1917 durchgeführten Lohnbewegungen. Es sind also Angaben über Verdienste von Rüstungsarbeitern solcher Betriebe, in denen erfolgreiche Lohnbewegungen durchgeführt worden sind; die erreichten Lohnerhöhungen und Teuerungszulagen sind in die Lohnhöhe miteingerechnet.

Nach dieser Zusammenstellung verdienen von 509 945 männlichen Arbeitern die Stunde: 147 bis 40 Pf., 3001 40—50 Pf., 89 049 50—75 Pf., 154 990 75—100 Pf., 135 780 100—125 Pf., 58 814 125—150 Pf., 46 098 150—175 Pf., 11 001 175—200 Pf., 5976 200—225 Pf., 3483 225—250 Pf., 755 250—275 Pf. und 11 275—300 Pf.

Stundenverdienste von 175 Pf. und darüber sind nur für Berlin und einige Orte der Provinz Brandenburg festgestellt worden, und zwar für 21 296 Arbeiter. Darunter sind 170 Arbeiter aus der Provinz Brandenburg, alle übrigen aus Berliner Betrieben. Die große Masse der an dieser Erhebung beteiligten Arbeiter, 290 710 gleich über 57 Proz., erreicht Stundenverdienste von 75—125 Pf., und 93 097 = 18,8 Proz. der Beteiligten verdienen sogar nur zwischen 40 und 75 Pf. die Stunde. An den Höchstverdiensten ist also nur ein geringer Teil der Rüstungsarbeiter, 4,2 Proz., beteiligt, während die Masse derselben nur verhältnismäßig niedrige Verdienste erreicht.

Recht interessant sind die Feststellungen über die Höhe der Verdienste in den verschiedenen Landesteilen. 50—100 Pf. die Stunde verdienen: 35 192 = 72,1 Proz. der Beteiligten in Schlesien, 52 774 = 92,2 Proz. im Königreich Sachsen, 35 862 = 84,4 Proz. in Nordwestdeutschland, 59 905 = 65,1 Proz. in Südwestdeutschland. Etwas höher sind die Verdienste der Mehrheit der Beteiligten in folgenden Landesteilen: Es erzielen einen Stundenverdienst von 75—125 Pf. in Mitteldeutschland 33 985 Arbeiter = 76,8 Proz. der Beteiligten, in Rheinland-Westfalen 56 126 Arbeiter = 62,7 Proz. der Beteiligten und in Bayern 30 207 Arbeiter = 98,0 Proz. der Beteiligten. In der Provinz Brandenburg betragen die Stundenverdienste von 3787 Arbeitern = 87 Proz. der Beteiligten zwischen 75 und 125 Pf., in Pommern, Ost- und Westpreußen werden von 23 606 Arbeitern = 72,1 Proz. der Beteiligten Stundenverdienste zwischen 100 und 150 Pf. erreicht und in Berlin verdienen 44 366 Arbeiter = 55,9 Proz. der Beteiligten zwischen 125 und 175 Pf. die Stunde.

Im Verhältnis zur herrschenden Teuerung sind diese Verdienste recht niedrig. Verdienste von 50 bis 100 Pf. die Stunde, wie sie in Schlesien, Sachsen, Nordwestdeutschland und Südwestdeutschland erzielt werden, sind gewiß als völlig unzureichend zu bezeichnen.

Von 250 061 an der Zusammenstellung beteiligten Arbeiterinnen werden Stundenverdienste erreicht: 3753 20—25 Pf., 11 729 25—30 Pf., 9189 30—35 Pf., 15 881 35—40 Pf., 25 360 40—45 Pf., 33 551 45—50 Pf., 28 113 50—55 Pf., 14 151 55—60 Pf., 78 715 60—75 Pf., 9185 75—90 Pf., 30 805 90—100 Pf. und 750 100—125 Pfennig. Es arbeiten also noch 40 552 an dieser Erhebung beteiligte Arbeiterinnen zu Stundenlöhnen zwischen 20 und 40 Pf. Auch die Verdienste zwischen 40 und 60 Pf. die Stunde, die 101 175 Arbeiterinnen erreichen, sind durchaus unzureichend. An der dritten Gruppe mit Verdiensten zwischen 60 und 125 Pf. die Stunde sind 117 834 Arbeiterinnen beteiligt. Von diesen sind 67 042 in Berliner Betrieben beschäftigt, die übrigen sind auf die Rüstungsbetriebe im ganzen Reich verstreut. Die Masse der Arbeiterinnen mit niedrigen Verdiensten wurde festgestellt in Schlesien, im Königreich Sachsen und in Südwestdeutschland.

Die Wochenverdienste für die 509 945 an der Statistik beteiligten Rüstungsarbeiter bewegen sich in folgender Höhe. Es verdienen die Woche: 1 18 M., 112 18—25 M., 2668 25—30 M., 21 671

30—35 M., 23 733 35—40 M., 57 864 40—45 M., 52 428 45—50 M., 110 474 50—60 M., 113 609 60—75 M., 113 956 75—100 M., 10 426 100—125 M. und 3003 über 125 M. Bei der Feststellung der Wochenverdienste der Rüstungsarbeiter zeigt sich fast das gleiche Bild wie bei den Stundenverdiensten. Ein ganz geringer Teil der Arbeiter (2,6 Proz.) erreicht Wochenverdienste von über 100 M. Dagegen wurden 158 477 = 31,1 Proz. der beteiligten Rüstungsarbeiter gezählt, die unter 50 M. die Woche verdienen. Verdienste von 50—75 M. die Woche wurden für 224 083 Arbeiter = 43,9 Proz. der Beteiligten festgestellt. Gegenüber den Stundenverdiensten sind die Wochenverdienste etwas höher. Diese höheren Wochenverdienste erklären sich dadurch, daß dieser Mehrverdienst durch Leistung von Ueberstunden und Nacht- und Sonntagsarbeit, für die besondere Zuschläge bezahlt werden, erreicht worden ist.

Eine ungewöhnlich große Zahl Arbeiter mit Wochenverdiensten von unter 50 M. wurde in Schlesien mit 27 468 = 66,6 Proz. der Beteiligten und in Sachsen mit 43 718 = 76,4 Proz. der Beteiligten festgestellt. Wochenverdienste zwischen 50 und 75 M. wurden für die Mehrheit der Beteiligten in Mitteldeutschland, und zwar für 30 141 Arbeiter = 65,1 Proz. der Beteiligten, in Nordwestdeutschland für 26 013 Arbeiter = 61,6 Proz. der Beteiligten, in Südwestdeutschland für 43 575 Arbeiter gleich 51,8 Proz. der Beteiligten und in Bayern für 29 292 Arbeiter = 94,0 Proz. der Beteiligten ermittelt. In Pommern, Ost- und Westpreußen haben an Verdiensten zwischen 75 und 100 M. die Woche 17 275 Arbeiter gleich 60,5 Proz., und in Berlin 51 109 Arbeiter = 67,8 Proz. Anteil gehabt. In allen übrigen Landesteilen ist an dieser Verdiensthöhe nur ein kleiner Bruchteil der Rüstungsarbeiter beteiligt gewesen. Ueber 100 M. die Woche verdienen von allen 509 945 an der Statistik Beteiligten 13 420 Arbeiter; davon sind 18 177 in Berlin, 200 Sachsen und 52 in der Provinz Brandenburg beschäftigt.

Es ergeben sich demnach für sämtliche an dieser Erhebung beteiligten Männer folgende Wochenverdienste: 158 477 = 31,1 Proz. verdienen unter 50 M., 224 083 = 43,9 Proz. verdienen 50—75 M., 113 956 = 22,4 Proz. verdienen 75—100 M. und 13 420 = 2,6 Prozent erreichen Verdienste von über 100 M.

Die Wochenverdienste der 250 061 beteiligten Arbeiterinnen betragen: 8784 12—15 M., 13 061 15—18 M., 6965 18—20 M., 13 513 20—22,50 M., 17 463 22,50—25 M., 48 729 25—30 M., 28 851 30—35 M., 51 164 35—40 M., 53 882 40—45 M., 15 623 45—50 M., 5517 50—60 M. und 524 über 60 M.

Demnach verdienen:

Bis 20 M. die Woche	23 790 Arbeiterinnen	= 9,2 Proz.
„ 30 „ „	79 705 „	= 30,8 „
„ 40 „ „	80 015 „	= 30,9 „
„ 50 „ „	69 510 „	= 26,8 „
Ueber 50 „ „	6 041 „	= 2,3 „

Nur in Berlin und Rheinland-Westfalen wurde eine größere Zahl Arbeiterinnen festgestellt, die über 50 M. die Woche verdienen. In allen übrigen Landesteilen bleiben die Verdienste der Arbeiterinnen unter 50 M. die Woche.

Die Ergebnisse dieser Verdienstatistik beweisen unüberdeutlich die Unwahrscheinlichkeit des Geschehens über die übermäßig „hohen Verdienste“ der Rüstungsarbeiter. Im Gegenteil, für Hunderttausende der Rüstungsarbeiter sind die Löhne sogar durchaus unzureichend. Im Verhältnis zu der Masse mit niedrigen und mittleren Verdiensten kommt die geringe Zahl berer, die einigermaßen hohe Löhne beziehen, gar nicht in Betracht. Diese Verdienste sind durchweg festgestellt worden für Betriebe mit gutorganisierter Arbeiterschaft und mit Hilfe der Organisation erreichten wesentlichen Lohnerhöhungen. In Betrieben, in denen wegen schlechter Organisation der Arbeiter Lohnbewegungen nicht durchgeführt werden konnten, liegen die Verhältnisse natürlich noch ungünstiger. Und doch wird vom Unternehmertum und seiner Presse fortwährend der Abbau der hohen Löhne der Rüstungsarbeiter gefordert. Anstatt Abbau ist, wie diese Zahlen beweisen, Erhöhung der Löhne notwendig, wenn nicht ein ganz wesentlicher Rückgang der Lebensmittel- und Warenpreise erfolgt. Höhere Löhne und günstige Arbeitsbedingungen sind aber nur zu erreichen und zu halten durch eine starke und festgefügte Organisation. Mögen die Rüstungsarbeiter das beherzigen und mit aller Kraft für die Stärkung des Metallarbeiterverbandes wirken!

Parteinachrichten.

Zu massiven Kundgebungen für die Friedenspolitik der Sozialdemokratie

gestalteten sich hier öffentliche Versammlungen, die seitens der Partei in Duisburg, Oberhausen, Sterkrade und Hamborn veranstaltet wurden.

Keber die politische Lage unter besonderer Berücksichtigung der Friedens- und Ernährungsfragen referierte Landtagsabgeordneter Genosse Otto Braun. Waren die Versammlungen in den drei erwähnten Orten überfüllt, so konnte bezüglich der Hamborn Versammlung von einem geradezu besorgniserregenden Massenandrang gesprochen werden. Obwohl hier bereits 2 000 Personen den Saal füllten, drängten immer neue Massen heran, vergeblich Einlaß begehrend.

Ursprünglich sollte Genosse Braun über die Wahlrechtsvorlage sprechen. Da das Generalkommando jedoch die Behandlung dieses Themas verboten hatte, mußte eine Umstellung desselben erfolgen. Die Darlegungen des Redners riefen in allen Versammlungen stürmischen Beifall hervor.

Industrie und Handel.

Deutschlands Wirtschaftsinteressen in der Ukraine.

Für die Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands zur Ukraine haben sich zwei neue bedeutende Organisationen gebildet: ein Studiensusdikat der Großbanken und eine Gesellschaft m. b. H. mit einem vorläufigen Kapital von 20 Millionen Mark, das auf 100 Millionen Mark gebracht werden kann. Diese letztgenannte Gründung geht von der deutschen Schwerindustrie unter Führung Krupps aus. Erläuternd bemerkt die „Fr. St.“:

„Bemerkenswertweise marschieren Großindustrielle und Großbanken getrennt, was auf verschiedene Ursachen zurückzuführen wird, vielleicht aber keinen entscheidenden Anlaß auf Seiten der Banken fand, die einerseits ein allesumfassendes Syndikat nicht zustande brachten und andererseits aus Rücksicht auf ihre Gesamtschicksal nicht mit einer Minderheit von Industriellen kooperieren wollten; die Banken behalten also einpermazen freie Hand darin, wenn sie die etwaigen Voraussetzungen usw. lementzeit überlegen wollen. In Aussicht genommen sind von den Banken wohl zunächst Eisenbahngesellschaften, von den Industriellen dagegen mehr solche Objekte, die ihnen geschäft-

lich näherstehen. Es scheint, daß beide Gruppen sich bemühen werden, trotz der organisatorischen Trennung möglichst nicht gegeneinander zu arbeiten.“

Angeht die politischen Verhältnisse in der Ukraine und im Dnieper überhaupt, die durch die Attentate auf den Grafen Mirbach und den Feldmarschall Eichhorn in ein so überdeutliches Licht gerückt sind, ist eine unmittelbare praktische Tätigkeit der beiden Organisationen in großem Umfang wohl nicht wahrscheinlich. Es wäre sehr zu wünschen, daß diese wirtschaftlichen Anknüpfungsversuche glücklicher ausfallen als die politischen und militärischen.

Für die Einfuhr ukrainischen Getreides hat sich bekanntlich eine Handelsvereinigung der Getreideimportfirmen mit einem Kapital von 43 Millionen Mark gebildet. Es haben freilich bisher auch die Kaufleute nicht viel ausgerichtet. Denn obwohl den Händlern der Einkauf vom 4.—19. Juli freigegeben worden war, sind größere Getreidemengen nicht aufgebracht worden. Dagegen hat die ukrainische Regierung in Nachahmung des deutschen Beispiels die neue ukrainische Ernte mit Beschlagnahme belegt und sich allein das Verkaufsrecht vorbehalten, wobei die Selbstverpflegungsmittel und das Saatgut den Landwirten vom Ackerbauministerium zugewiesen wurden. Diese Maßregel erlaubt zu hoffen, daß vielleicht wenigstens soviel Getreide aus der Ukraine herausgeholt wird, daß der Fehlbetrag, der durch die vorzeitige Verwendung des Frühbruschetgetreides für das Wirtschaftsjahr Oktober 1918 bis September 1919 entsteht, gedeckt wird.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen in Berlin (ohne die Schöneberger, Bilmersdorfer und Dablemer Bahn) beförderte im Juli 7 179 143 Personen gegen 7 515 078 im gleichen Monat des Vorjahres. Die Einnahmen betragen 1 363 657 M. gegen 1 007 123 M. im Vorjahre. Das Steigen der Einnahme trotz der geringeren Verkehrsleistung erklärt sich aus der Tarifserhöhung. Die Straßenbahn Warschauer Straße—Lichtenberg vereinbarte im Juli 27 925 M. gegen 23 506 M. Die gesamten Betriebseinnahmen seit dem 1. Januar betragen 10 555 198 M. gegen 8 477 718 M. im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Die Einnahme der Großen Berliner Straßenbahn und der von ihr mitverwalteten Bahnen beträgt im Monat Juli 1918 8 550 570 Mark gegen 6 088 170 M. im Jahre 1917.

Verantwortl. f. Dtschl.: Dr. Franz Detsch, Berlin-Gröbenau; für d. übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Neudamm; für Anzeigen: Theodor Wolff, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 2. Oberg. 1. Auflage und Unterhaltungsblatt.